Jahresbericht

2005

Kontakt:

Deutsche Stiftung Friedensforschung DSF

Am Ledenhof 3-5

49074 Osnabrück

Fon 0541-600 35 42

Fax 0541-600 790 39

info@bundesstiftung-friedensforschung.de

www.bundesstiftung-friedensforschung.de

Bildnachweis:

ZNF, Uni Hamburg, S. 19
Hellmuth Graßmann, S. 22, S. 23
Reiner Braun, S. 27, 28, 29
Agentur Bildschön, S. 31

Für die Abdruckgenehmigung sagen wir herzlichen Dank.

© 2006 Deutsche Stiftung Friedensforschung

Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF

Druck: Günter-Druck GmbH, Georgsmarienhütte

Alle Rechte vorbehalten.

Printed in Germany 2006

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:

Sparkasse Osnabrück, Konto 1230, BLZ 265 501 05

Inhalt

Seite

I. VORWORT ... 4

II. DIE FÖRDERTÄTIGKEIT DER STIFTUNG ... 6

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben ... 7

1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben ... 9

1.2. Die Förderung von Kleinprojekten ... 13

2. Struktur- und Nachwuchsförderung ... 18

2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ ... 18

2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem ... 19

2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ ... 21

2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Studiengänge Friedens- und Konfliktforschung ... 22

III. TRANSFERAKTIVITÄTEN UND VERANSTALTUNGEN ... 25

1. Fachkonferenz zur Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle ... 25

2. Workshop zum europäischen Programm für Sicherheitsforschung ... 26

3. Internationale Konferenz „Einstein weiterdenken. Wissenschaft – Verantwortung – Frieden“ ... 27

4. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft und Öffentlichkeit ... 30

IV. AUFGABEN UND STRUKTUR DER STIFTUNG ... 31

1. Stiftungsrat ... 31

2. Wissenschaftlicher Beirat ... 33

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück ... 35

4. Schirmherrschaft durch Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler ... 35

5. Änderung der Stiftungssatzung ... 35

V. FINANZ- UND WIRTSCHAFTSBERICHT ... 36

VI. ANHANG ... 42

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2005 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben ... 42

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten ... 48

I. Vorwort

Der Jahresbericht 2005 stellt die Struktur und Förderbereiche der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) vor und bietet einen Einblick in die Stiftungsaktivitäten des vergangenen Jahres. Die Stiftung fördert und initiiert Vorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung und unterstützt die Vermittlung von Forschungsergebnissen in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Sie finanziert ferner ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, das die nachhaltige Stärkung der Friedens- und Konfliktforschung an Universitäten und wissenschaftlichen Forschungsinstituten in Deutschland zum Ziel hat.

Die Stiftung wurde im Oktober 2000 durch die Bundesrepublik Deutschland als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet und mit einem Vermögen von 25,56 Millionen Euro ausgestattet. Der Stiftungszweck besteht darin, die Friedensforschung dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen.

Die Stiftung begeht im April 2006, fünf Jahre nachdem der Stiftungsrat zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkam, das erste Jubiläum mit einer Festveranstaltung und dem internationalen Symposium „Strategies for Peace. Contributions of International Organisations, States and Non-State Actors" in Osnabrück. Der Jahresbericht 2005 spiegelt somit auch wider, was die Stiftung in dieser ersten Etappe der Stiftungsentwicklung zu erreichen vermochte.

Im vergangenen Jahr konnte das Berufungsverfahren zur Besetzung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung" an der Universität Hamburg abgeschlossen werden. Damit verwirklichte die Stiftung das letzte Teilprojekt ihres Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung, für das insgesamt rund fünf Millionen Euro zur Verfügung stehen. Die große Nachfrage aus dem In- und Ausland nach Studienplätzen in den von der DSF geförderten Masterstudiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten Hamburg, Marburg und Tübingen sowie an der FernUniversität Hagen bestätigt die Entscheidung der Stiftung, Studienangebote mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen an mehreren Standorten zu unterstützen. Darüber hinaus gingen die ersten Dissertationen aus der strukturierten Promotionsförderung der Stiftung hervor. Somit ist es der Stiftung gelungen, sichtbare Beiträge zur Stärkung von Forschung und Lehre in der deutschen Friedens- und Konfliktforschung zu leisten.

Bei der Forschungsprojektförderung baute die Stiftung die bestehenden Förderschwerpunkte weiter aus. Sie bewilligte vier neue Forschungsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von mehr als 550 Tsd. Euro. Darüber hinaus unterstützte die Stiftung elf Kleinprojekte in Form von Pilotstudien, Tagungen und Publikationen. Die Gesamtsumme der in Forschungsvorhaben investierten Fördermittel beläuft sich seit Gründung der Stiftung auf mehr als vier Millionen Euro.

Des Weiteren beteiligte sich die Stiftung am Programm des Einstein-Jahres 2005. Gemeinsam mit anderen Trägerorganisationen führte sie im Oktober 2005 die internationale Konferenz „Einstein weiterdenken. Wissenschaft – Verantwortung – Frieden" in Berlin durch. Ziel war es, Einsteins friedenspolitisches Vermächtnis für unsere Gegenwart neu zu entdecken und zu interpretieren.

Die Finanzierung des Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung wäre ohne die Öffnungsklausel in der Stiftungssatzung, die einen partiellen Kapitalverzehr für Förderzwecke zulässt, nicht möglich gewesen. Die Stiftung hat sich freilich stets von dem Ziel leiten lassen, eine substanzielle Schmälerung des Stiftungsvermögens zu vermeiden. Nachdem der Bund im Jahr 2004 für eine Erhöhung des Stiftungskapitals aus Mitteln des

Bundeshaushalts[1] gewonnen werden konnte, gelang es im Berichtsjahr erneut, einen Schritt auf dem Weg zum Erhalt des Anfangsvermögens zu tun. Der herzliche Dank der Stiftung für diese Kapitalaufstockungen richtet sich an den Deutschen Bundestag, insbesondere an die dem Stiftungsrat angehörenden Bundestagsmitglieder Ernst-Reinhard Beck, Winfried Nachtwei und Heinz Schmitt sowie an die Stifterin, die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn.

Bei der Verwirklichung der Stiftungsziele konnten sich der Stiftungsrat und die Geschäftsstelle der DSF auch im Berichtsjahr 2005 auf vielfältige Formen der Zusammenarbeit und ehrenamtliches Engagement stützen. An dieser Stelle sei zunächst den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats gedankt, die die Stiftungsaktivitäten mit ihrem Rat und ihrer Expertise begleitet haben. Ein großer Dank gebührt ferner den Gutachtern und Gutachterinnen, deren Stellungnahmen zu den beantragten Vorhaben eine unverzichtbare Entscheidungshilfe für die Stiftungsorgane und ein wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung waren. Schließlich ist die Stiftung auch den zahlreichen Kooperationspartnern sowohl auf der lokalen Ebene in Osnabrück als auch in den Hochschulen und Forschungsinstituten sowie in Politik und Öffentlichkeit zu Dank verpflichtet.

Wir würden uns freuen, wenn die Stiftung auch in Zukunft bei der Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben mit einer ähnlich engagierten Unterstützung rechnen könnte.

Prof. Dr. Volker Rittberger
Vorsitzender des Stiftungsrates

[1] Bundeshaushalt: Einzelplan 30 (BMBF)

II. Die Fördertätigkeit der Stiftung

Die Satzung weist der Deutschen Stiftung Friedensforschung bei der Erfüllung des Stiftungszwecks mehrfache Aufgaben zu. Sie soll zum einen wissenschaftliche Vorhaben im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung fördern und außerdem die strukturelle Entwicklung dieses Forschungsgebietes wie auch die Ausbildung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses unterstützen. Zum anderen hat die Stiftung eine initiierende Aufgabe. Hierdurch wird die Möglichkeit eröffnet, Impulse für die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung zu setzen und neue Forschungsgebiete zu erschließen. Zu diesem Zweck kann die Stiftung z. B. nationale oder internationale Konferenzen durchführen oder mit der Ausschreibung von Förderschwerpunkten eigene Akzente setzen. Angesichts des begrenzten Volumens an Fördermitteln hat die Stiftung allerdings bisher darauf verzichtet, thematisch ausgerichtete Förderschwerpunkte auszuschreiben.

Die Förderpraxis der DSF orientiert sich an den Leitlinien der Forschungsförderung für die Jahre 2000 bis 2004 unter dem Titel „Umgang mit friedensgefährdenden Konflikten“, die eine Struktur- und Findungskommission in der Gründungsphase der Stiftung ausgearbeitet hat. Die Leitlinien stecken einen Rahmen für die Förderschwerpunkte ab und definieren die folgenden drei zentralen Themenkomplexe:

- Die Dynamik gefährlicher Konflikte
- Die Einmischung Dritter in gefährliche Konflikte
- Institutionen und Strategien der Zivilisierung gefährlicher Konflikte

Im Rahmen der bevorstehenden ersten Evaluierung der Projektförderung ab Herbst 2006 wird die Stiftung die Leitlinien dahingehend überprüfen, ob sie weiterhin als Grundlagenpapier für die Forschungsförderung Verwendung finden können oder gegebenenfalls überarbeitet werden müssen.

Die Kriterien für die Projektförderung der DSF sind in den „Rahmenbedingungen Forschungsprojektförderung“ festgelegt, die durch den Stiftungsrat im März 2004 verabschiedet wurden. Wichtige Entscheidungskriterien sind nicht nur die wissenschaftliche Qualität und Originalität eines Vorhabens, sondern auch die Berücksichtigung des Ergebnistransfers in die politische Praxis und Öffentlichkeit. Außerdem werden strukturelle Gesichtspunkte für die Bewertung herangezogen, so z. B. die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die internationale Zusammenarbeit oder die Erhöhung des Anteils an Wissenschaftlerinnen.

Für die Antragstellung stellt die Stiftung Leitfäden zur Verfügung, die je nach Antragsart Auskunft über den Umfang der erforderlichen Unterlagen sowie über die Gestaltung der Projektskizzen geben.

Seit der Aufnahme der Fördertätigkeit im August 2001 bewilligte die DSF 31 größere Forschungsprojekte mit einem finanziellen Fördervolumen von rund 3,57 Millionen Euro. Bis Ende 2005 sind insgesamt 20 Projekte zum Abschluss gekommen, so dass die Stiftung nun in der Lage ist, in größerem Umfang Ergebnisse aus den geförderten Projekten präsentieren zu können. Zusammenfassende Darstellungen der wissenschaftlichen Befunde veröffentlicht die DSF in ihrer Reihe „Forschung DSF“.

Darüber hinaus förderte die Stiftung fast 70 Kleinprojekte mit einem Gesamtvolumen von rund 383 Tsd. Euro. Hierzu zählen 38 wissenschaftliche Tagungen, sieben kleinere Forschungsprojekte oder Pilotstudien sowie 16 Fachpublikationen.

Die im Rahmen der Groß- und Kleinprojektförderung unterstützten Vorhaben lassen sich von wenigen Ausnahmen abgesehen folgenden Förderschwerpunkten zuordnen:

- Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen
- Gewalt- und Krisenprävention
- Intervention in Gewaltkonflikte
- Friedenskonsolidierung nach Beendigung von Gewaltkonflikten
- Friedenspädagogik
- Rüstungskontrolle und Abrüstung
- Historische Friedensforschung
- Förderung des innerwissenschaftlichen Diskurses und der interdisziplinären Zusammenarbeit

Darüber hinaus erwies sich die Förderung von Kleinprojekten als ein fruchtbares Instrument, um den innerwissenschaftlichen Austausch sowie die multi- und interdisziplinäre Zusammenarbeit zu befördern. Auch die Verknüpfung von Wissenschaft und politischer Praxis konnte hierdurch in positiver Weise entwickelt werden.

Bereits unmittelbar nach der Gründung der Stiftung beschloss der Stiftungsrat ein Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung, das einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung friedenswissenschaftlicher Strukturen in Deutschland leisten sollte. Die Teilprogramme wurden in den zurückliegenden Jahren zielstrebig umgesetzt. Schon im Herbst 2002 konnte die Stiftung mit der Förderung des postgradualen Masterstudiengangs „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sowie der strukturierten Promotionsförderung an drei Standorten beginnen. Ein Jahr später bewilligte die Stiftung Fördermittel zur Einrichtung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Masterstudiengängen an drei Universitäten. Zuletzt vergab die Stiftung im Jahr 2004 die Fördermittel für die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ an die Universität Hamburg. Mit diesen Fördermaßnahmen ist das zur Verfügung gestellte finanzielle Volumen in Höhe von fünf Millionen Euro ausgeschöpft, so dass im Rahmen dieses Programms keine weiteren Ausschreibungen erfolgen werden.

1. Die Förderung von Forschungsvorhaben

In der Projektförderung unterscheidet die Stiftung zwischen zwei Antragsarten, für die unterschiedliche Verfahren und Fördervolumina festgelegt wurden:

- Größere Forschungsvorhaben können mit einer Laufzeit von bis zu 24 Monaten beantragt werden. Der Förderhöchstbetrag liegt für diesen Zeitraum bei 150 Tsd. Euro. Anträge auf Projektförderung können zweimal jährlich bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Auf seiner Sitzung vom 21. April 2005 beschloss der Stiftungsrat, die Einreichungstermine künftig auf den 1. Juni und 1. Dezember vorzu-

verlegen, um für die Einleitung des Begutachtungsverfahrens einen günstigeren zeitlichen Rahmen zu schaffen. Gefördert werden aus diesen Mitteln vorzugsweise Forschungsprojekte, in Einzelfällen auch umfangreichere Konferenzprojekte. Für die fachliche Bewertung der Forschungsvorhaben holt die Stiftung mindestens zwei unabhängige Gutachten ein. Bei Eigenanträgen aus dem Kreis der im Stiftungsrat vertretenen Institutionen ist ein obligatorisches Drittgutachten vorgesehen. Die Gutachten bilden die Grundlage für die Bewilligungsentscheidungen des Stiftungsrats der DSF.

- Kleinprojekte sind auf einen Förderhöchstbetrag von 20 Tsd. Euro begrenzt. Die Antragstellung ist fortlaufend möglich. Ein angemessener zeitlicher Vorlauf zum vorgesehenen Durchführungszeitraum ist unbedingt erforderlich. Gefördert werden in diesem Rahmen sowohl kleine Forschungsvorhaben und Pilotstudien, die der Erschließung eines neuen Forschungsfeldes dienen sollen, als auch Tagungen und wissenschaftliche Kolloquien sowie – in begrenztem Umfang – wissenschaftliche Veröffentlichungen. Für die fachliche Beurteilung der eingereichten Anträge wird in der Regel ein externes Fachgutachten eingeholt. Die Bewilligung der Anträge auf Förderung von Kleinprojekten fällt in die Zuständigkeit des Geschäftsführenden Vorstands der DSF.

Die Stiftung fördert internationale Kooperationsprojekte der Friedens- und Konfliktforschung. Voraussetzung hierfür ist die Beteiligung einer deutschen Partnerinstitution, über die die finanzielle Abwicklung eines Projektes erfolgt. Sofern das Vorhaben im Ausland stattfindet, können vorzugsweise Projektkosten der inländischen Einrichtung gefördert werden.

Auf seiner Sitzung vom 24. November 2005 beschloss der Stiftungsrat vor dem Hintergrund wiederholter Anfragen aus der Wissenschaftlergemeinde, künftig auch die Förderung von Fachzeitschriften zu ermöglichen. Mit diesem zusätzlichen Angebot will die Stiftung einen Beitrag sowohl zur nachhaltigen Strukturförderung als auch zur Herausbildung einer Fachkultur im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung leisten. Fachzeitschriften sind wichtige Medien des innerwissenschaftlichen Diskurses und tragen zur qualitativen Weiterentwicklung der Forschung bei. Sie befördern die multi- und interdisziplinäre Kommunikation und schlagen eine Brücke zu Rezipienten wissenschaftlicher Befunde.

Die Stiftung eröffnet im Bereich der Zeitschriftenförderung zwei grundsätzlich unterschiedliche Förderoptionen:

- Die strukturbildende Förderung von Fachzeitschriften der Friedens- und Konfliktforschung, z. B. über eine Anschub- oder Umstellungsfinanzierung, die für einen begrenzten Zeitraum gewährt wird, um neue inhaltliche und organisatorische Konzepte mit dem Ziel zu verwirklichen, die wirtschaftliche Basis oder die wissenschaftliche Qualität zu verbessern oder das Angebot für die Rezipienten zu erweitern. Darüber hinaus ist die Stiftung offen für die Unterstützung elektronischer Fachzeitschriften im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung.
- Die Förderung einzelner Ausgaben (Themenhefte), die sich schwerpunktmäßig mit einer innovativen Forschungsthematik der nationalen oder internationalen Friedens- und Konfliktforschung befassen. Die Förderung kann sich bei dieser Option auch auf wissenschaftliche Zeitschriften erstrecken, die nicht zum engeren Kreis der Fachorgane der Friedens- und Konfliktforschung zählen, die aber in einzelnen Ausgaben einen originellen wissenschaftlichen Forschungs- und/oder Diskussionsbeitrag zu wichtigen Themengebieten der Friedens- und Konfliktforschung leisten.

Die strukturbildende Förderung erstreckt sich auf einen Zeitraum von maximal zwei Jahren. Der Höchstförderbetrag liegt bei 5 Tsd. Euro für ein Jahr bzw. 10 Tsd. Euro für zwei Jahre. Anträge auf Zeitschriftenförderung unterliegen grundsätzlich der Begutachtung. Über die Bewilligung der Anträge auf Zeitschriftenförderung entscheidet der Stiftungsrat. Anträge können fortlaufend bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. Hierbei ist auf einen hinreichenden zeitlichen Vorlauf zu den Sitzungen des Stiftungsrats zu achten. Für die Antragstellung steht auf der Internetseite der DSF ein gesonderter Leitfaden zum Herunterladen zur Verfügung,

1.1. Die Förderung größerer Forschungsvorhaben

Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2005 hatte die Stiftung Fördermittel für größere Forschungsvorhaben in einem Gesamtumfang von bis zu 700 Tsd. Euro ausgewiesen. Im Rahmen dieser Budgetvorgabe bewilligte die DSF insgesamt vier Forschungsvorhaben, deren Finanzierungsvolumen sich auf 541 Tsd. Euro beläuft.

Zum 15. Juni 2004 gingen bei der Geschäftsstelle neun Anträge auf Projektförderung mit einem Gesamtvolumen von 1,27 Millionen Euro ein. Hiervon konnten auf der Grundlage der Gutachten drei Forschungsvorhaben bewilligt werden:

Bewilligte Projektanträge Antragstermin: Juni 2004	
Die internationale Organisation des Demokratischen Friedens Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Februar 2005 bis Januar 2007	Projektleiter: **Dr. Matthias Dembinski und Prof. Dr. Andreas Hasenclever** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Universität Tübingen
Ethnopolitische Konflikte im nördlichen Schwarzmeergebiet: Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im postsowjetischen Raum Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Februar 2005 bis Januar 2007	Projektleiter: **Prof. Dr. Stefan Troebst** Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e. V. (GWZO) an der Universität Leipzig
Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate März 2005 bis Februar 2007	Projektleiter: **Peter J. Croll und PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder** Bonn International Center for Conversion (BICC)

Die Fördersumme für diese drei Projekte beläuft sich auf rund 421 Tsd. Euro. Die Bewilligungsquote dieser Antragsrunde lag bei 33 Prozent. Die Vorhaben konnten zu Beginn des Jahres 2005 bewilligt werden und zählen somit zum Wirtschaftsjahr 2005.

Das Forschungsvorhaben „Die internationale Organisation des Demokratischen Friedens“ ist ein Kooperationsprojekt, das gemeinsam von Dr. Matthias Dembinski, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Institut für Politikwissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen, geleitet wird. Die Forschungsarbeiten an dem auf zwei Jahre angelegten Projekt begannen zum 1. Februar 2005. Die Zielsetzung des Vorhabens besteht darin, ein besseres kausales Verständnis der Theorie des Demokratischen Friedens zu erreichen. Hierfür sollen liberale Ansätze zum Demokratischen Frieden mit Arbeiten zu internationalen Institutionen auf originelle Weise miteinander verknüpft werden. Die aus den theoretisch begründeten Annahmen abgeleitete These des Vorhabens geht davon aus, dass die „geringe Gewaltanfälligkeit demokratischer Beziehungen mit der besonderen Zuverlässigkeit interdemokratischer regionaler Institutionen in Verbindung steht“. Hierfür werden zunächst regionale Sicherheitsorganisationen auf ihre institutionellen Unterschiede untersucht, um anschließend ihre zivilisierenden Wirkungen an unterschiedlichen Fallbeispielen in Westeuropa, Südostasien und Lateinamerika zu überprüfen. Die ausgewählten Staatenpaare unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung: Rein demokratische Staatenpaare stehen solchen gegenüber, in denen ein nichtdemokratisch verfasster Staat vertreten ist. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens sollen nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Theorie des Demokratischen Friedens leisten. Es sollen Schlussfolgerungen für die politische Praxis gezogen werden. Das Projekt ist dem DSF-Förderschwerpunkt „Friedensvölkerrecht und internationale Organisationen“ zugeordnet.

Das Forschungsvorhaben „Ethnopolitische Konflikte im nördlichen Schwarzmeergebiet. Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik“ wird unter der Leitung von Prof. Dr. Stefan Troebst am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e. V. (GWZO) an der Universität Leipzig durchgeführt. Das Projekt wird von PD Dr. Dietmar Schorkowitz bearbeitet. Es geht von der Beobachtung aus, dass infolge der Revitalisierung ethnonationaler Identitäten im postsowjetischen Transformationsprozess ein erhebliches Konfliktpotenzial entstanden ist. Die verschiedenen nationalen Eliten in der Untersuchungsregion setzten ethnisch definierte Identitätsangebote gezielt dafür ein, um die Bevölkerungsgruppen zu polarisieren und zu mobilisieren. Mit dem Forschungsvorhaben soll untersucht werden, in welcher Weise Geschichtspolitik und die Instrumentalisierung von Erinnerungskulturen eine Rolle dabei spielen, bestehende interethnische Konfliktpotenziale anzufachen und über die Gewaltschwelle hinauszuführen. Hierbei geht es insbesondere auch darum, den Anteil der Eliten an der Rekonstruktion von Geschichtsbildern zu erfassen, die sich eines „geschichtsschreibenden Unternehmertums“ bedienen. Darüber hinaus setzt sich das Vorhaben zum Ziel, im Hinblick auf die spezifischen Bedingungen in kulturellen Grenzräumen eine präzisere Bestimmung von Konfliktursachen und -verläufen herauszuarbeiten sowie Optionen für gewaltpräventives und konfliktdeeskalierendes Handeln aufzuzeigen. Das Projekt ist somit dem Förderschwerpunkt „Gewalt- und Krisenprävention“ zugeordnet.

Das von Dr. Andreas Heinemann–Grüder, Mitarbeiter des Bonn International Center for Conversion (BICC), geleitete und bearbeitete Forschungsvorhaben „Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung“ befasst sich mit der Frage, welches Wechselverhältnis zwischen ethnoföderalen Institutionen und der Fähigkeit zur konstruktiven Konfliktregelung besteht. Hierzu werden vier multiethnische Föderationen – Russland, Indien, Nigeria und Spanien – als Fallbeispiele untersucht. Das Ziel des Vorhabens besteht darin, vergleichend herauszuarbeiten, welche unterschiedlichen

Grade föderaler Stabilität durch die jeweiligen Institutionen erreicht werden, wie ethnische Privilegierung vermieden werden kann und welche Mechanismen der konstruktiven Konfliktregulierung zur Verfügung stehen. Hieraus soll eine Typologie ethnoföderaler Arrangements entstehen, die Schlussfolgerungen ermöglicht, welche stabilisierenden und konfliktregulierenden sowie konflikteskalierenden Faktoren in ethnischen Föderationen bestehen. Hiermit soll ein Beitrag zur strukturellen Prävention ethnischer Konflikteskalation geleistet werden. Das Vorhaben ist ebenfalls dem Förderschwerpunkt „Gewalt- und Krisenprävention“ zugeordnet.

Zum zweiten in den Berichtszeitraum fallenden Einreichungstermin, dem 15. Dezember 2004, wurden der Geschäftsstelle der DSF sieben Anträge auf Projektförderung vorgelegt, die in das Begutachtungsverfahren aufgenommen werden konnten. Das Gesamtvolumen der eingereichten Forschungsvorhaben betrug rund 1,13 Millionen Euro. Auf der Grundlage der eingeholten Fachgutachten stimmte der Stiftungsrat zu, ein Forschungsvorhaben zu bewilligen:

Bewilligte Projektanträge Antragstermin: Dezember 2004	
Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone Forschungsprojekt Laufzeit: 24 Monate Mai 2005 bis April 2007	Projektleiter: **Dr. Andreas Mehler** Institut für Afrikakunde, Hamburg

Das Fördervolumen beläuft sich auf rund 120 Tsd. Euro. Die Bewilligungsquote lag bei 14 Prozent.

Das Vorhaben „Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone“ von Dr. Andreas Mehler untersucht die Entwicklungen in Nachkriegsgesellschaften, die von „fragmentierter Autorität“ gekennzeichnet sind. Es geht der Frage nach, ob die Wiederherstellung eines staatlichen Gewaltmonopols, wie es der OECD-Welt als Maßstab dient, in postkolonialen Konfliktgebieten als ein erreichbares Ziel gelten kann oder inwieweit andere Sicherheitsgarantien in Form legitimer Gewaltoligopole im Hinblick auf eine langfristige Stabilisierung eine Alternative darstellen. In Nachkriegsgesellschaften, so die häufige Beobachtung, wird Sicherheit von mitunter konkurrierenden Akteuren und Institutionen angeboten, die Legitimität bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen erlangen können. Mit dem Vorhaben soll geprüft werden, ob Gewaltoligopole die Wahrscheinlichkeit eines Rückfalls in einen gewaltsamen Konfliktaustrag reduzieren, und welche Chancen bestehen, dass sich aus diesen Strukturen ein legitimes gesamtstaatliches Gewaltmonopol herausbilden kann. Die empirischen Grundlagen für das Vorhaben sollen in zwei Fallstudien gewonnen werden. Hierbei soll erfasst werden, wie sich verschiedene Gewaltakteure angesichts fortbestehender Konfliktkonstellationen verhalten und auf welchen Grundlagen sich legitime Gewaltoligopole herausbilden. Das Vorhaben hat ferner den Anspruch, politikrelevante Schlussfolgerungen für die Wiederaufbauarbeit in Postkonfliktgesellschaften zu ziehen. Das Forschungsprojekt zählt zu den Projekten des Förderschwerpunkts „Friedenskonsolidierung“.

Im Jahr 2005 kamen acht größere Forschungsvorhaben zum Abschluss, die in den ersten Förderrunden bewilligt und deren Laufzeiten in begründeten Fällen kostenneutral verlängert worden waren:

- **Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert. Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive**
  (Januar 2005)
  Projektleiterin: Prof. Dr. Ute Daniel, Historisches Seminar TU Braunschweig
- **Die OSZE und der Aufbau multi-ethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrags zum internationalen Post-Conflict Peacebuilding** (März 2005)
  Projektleiter: Dr. Wolfgang Zellner, Centre for OSCE Research (CORE)
- **Kernwaffenrelevante Materialien und Rüstungskontrolle** (April 2005)
  Projektleiter: Dr. Wolfgang Liebert, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS), TU Darmstadt
- **Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo** (Juni 2005)
  Projektleiter: Dr. Ulrich Ratsch, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt)
- **Between Past and Future. An Assessment for the Transition from Conflict to Peace in Post-genocide Rwanda** (September 2005)
  Projektleiter: Prof. Dr. Lothar Brock, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
- **Rüstungskontroll-Expertengemeinde und Diskursgestaltung** (Oktober 2005)
  Projektleiter: Prof. Dr. Harald Müller/Dr. Bernd Kubbig, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
- **Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara**
  (Oktober 2005)
  Projektleiter: Dr. Michael Brzoska, Bonn International Center for Conversion (BICC)
- **Informationsanforderungen bei der Ausübung des Selbstverteidigungsrechts nach der Charta der Vereinten Nationen** (Dezember 2005)
  Projektleiter: Prof. Dr. Joachim Wolf, Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht, Universität Bochum

Die Projektleiter legen der Stiftung jeweils einen Arbeitsbericht und einen Forschungsbericht vor, die einer abschließenden Begutachtung unterzogen werden. Auf dieser Grundlage entscheidet die Stiftung über die Aufnahme des Forschungsberichts in die stiftungseigene Reihe „Forschung DSF“.

Im Jahr 2005 veröffentlichte die DSF zwei neue Forschungsberichte:

- Gerald Schneider, Margit Bussmann: Globalisierung und innenpolitische Stabilität. Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial. Osnabrück 2005. (Forschung DSF Nr. 2)
- Jürgen Altmann: Nanotechnology and Preventive Arms Control. Osnabrück 2005. (Forschung DSF Nr. 3)

Die Hefte stehen sowohl in gedruckter Form als auch in digitalisierter Fassung auf der Internetseite zur Verfügung. Eine Reihe weiterer Forschungsberichte liegen der Geschäftsstelle bereits vor und werden in den kommenden Monaten zur Veröffentlichung vorbereitet.

Hinweise auf die aus den geförderten Forschungsvorhaben hervorgegangenen Fachpublikationen gibt die Internetseite der DSF in Ergänzung zur Kurzdarstellung des jeweiligen Projektes. Eine Auflistung der im Berichtszeitraum veröffentlichten Forschungsarbeiten befindet sich im Anhang dieses Jahresberichts.

1.2. Die Förderung von Kleinprojekten

Im Jahr 2005 lagen dem Geschäftsführenden Vorstand insgesamt 24 Anträge auf Kleinprojektförderung vor. Hierin sind die zahlreichen Anfragen und Anträge, die aufgrund formaler Kriterien nicht berücksichtigt werden konnten, nicht enthalten. In der Regel wird für jeden Antrag auf Kleinprojektförderung ein Fachgutachten eingeholt. Der Vorstand bewilligte insgesamt elf Vorhaben, darunter zwei Pilotstudien, sechs Tagungen, zwei Publikationen und einen Gastvortrag. Das Fördervolumen belief sich auf rund 94 Tsd. Euro. Die Bewilligungsquote in der Kleinprojektförderung lag bei rund 46 Prozent.

Die Stiftung hatte verstärkt dafür geworben, im Rahmen der Kleinprojektförderung auch kleinere Forschungsvorhaben sowie Pilotstudien zu beantragen, die zu größeren Forschungsvorhaben weiterentwickelt werden können. Im Berichtsjahr bewilligte die Stiftung die beiden folgenden Projekte:

Bewilligte Forschungsprojekte/Pilotstudien im Jahr 2005	
Europäisches Konfliktmanagement durch internationale Governance-Strukturen – der Menschenrechtsschutz im Rahmen des Europarates am Beispiel der Türkei Pilotstudie Laufzeit: 8 Monate August 2005 bis März 2006	Projektleiter: **Prof. Dr. Georg Simonis** FernUniversität Hagen
Cooperating for Peace: Assessing the Role of Cooperatives for Providing Employment in Peace and Reconstruction Processes Pilotstudie Laufzeit: 12 Monate Mai 2006 bis Mai 2007	Projektleiter: **Wolfgang Heller** International Labour Office (ILO)

Das von Prof. Dr. Georg Simonis geleitete Vorhaben „Europäisches Konfliktmanagement durch internationale Governance-Strukturen – der Menschenrechtsschutz im Rahmen des Europarates am Beispiel der Türkei“ ist als Pilotstudie angelegt. Es fragt nach den Handlungsmöglichkeiten und -mustern, mit denen der Europarat konstruktiv und gewaltfrei mit transnationalen Werte- und Herrschaftskonflikten in den internationalen Beziehungen umgehen kann. Am Beispiel der Türkei soll herausgearbeitet werden, wie der Europarat von außen Einfluss auf die innergesellschaftlichen Entwicklungen zu nehmen vermag. Den konkreten Untersuchungsgegenstand bilden die Governance-Strukturen des Europarates im Hinblick auf die Entwicklung demokratischer Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Aus dieser Fallstudie heraus soll ein größeres Forschungsvorhaben entwickelt werden.

Das Forschungsvorhaben “Cooperating for Peace: Assessing the Role of Cooperatives for Providing Employment in Peace and Reconstruction Processes”, das von der deutschen Vertretung des „International Labour Office“ (ILO) geleitet wird, widmet sich einer bisher kaum beachteten Thematik im Bereich friedenskonsolidierender Maßnahmen. Ausgehend von der Beobachtung, dass eine nachhaltige friedenspolitische Stabilisierung nur dann gelingen kann, wenn die zerrüttete wirtschaftliche und soziale Situation der betroffenen Bevölkerungsgruppen gesichert und verbessert wird, geht das Vorhaben der Fragestellung nach, welche Rolle Genossenschaften in gewaltsamen Konflikten spielen und welchen Beitrag genossenschaftlich organisierte Unternehmungen zum Aufbau stabiler Friedensordnungen leisten können. Darüber hinaus soll die Studie Möglichkeiten aufzeigen, wie Staaten und internationale Organisationen mit der Förderung von Genossenschaften Rekonstruktionsprozesse unterstützen können.

Auch im Jahr 2005 zählten die meisten Einzelprojekte der Kleinprojektförderung zur Kategorie der wissenschaftlichen Tagungen, die ein wichtiges Medium des wissenschaftlichen Austausches, der multi- und interdisziplinären Zusammenarbeit sowie der Weiterentwicklung von Forschungsfragen und -methodiken sind:

Bewilligte wissenschaftliche Tagungen/Workshops im Jahr 2005	
Religion und Konflikt Wissenschaftlicher Workshop 23. September 2005	Projektleiter: **Dr. Ulrich Ratsch** Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt)
Corporate Security Responsibility Expertenworkshop 29. September bis 01. Oktober 2005	Projektleiter: **Prof. Dr. Klaus-Dieter Wolf** Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Bewilligte wissenschaftliche Tagungen/Workshops im Jahr 2005	
Der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung u. Friedenskonsolidierung". Stand und Perspektiven aus Sicht der Friedens- und Konfliktforschung Wissenschaftliche Tagung 27. – 28. Januar 2006	Projektleiter: **Dr. Tobias Debiel/Dr. Christoph Weller** Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen
Berliner Friedenspolitik: Anspruch – Wirklichkeit – Zukunft Jahreskolloquium 2004 03. – 05. März 2006	Projektleiter: **Prof. Dr. Peter Schlotter** Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
Die UN als Friedenswahrer und Konfliktschlichter. Lessons Learned, Mission (still) to be Accomplished? Wissenschaftliche Tagung 15. März 2006	Projektleiterin: **Dr. Beate Wagner** Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN)
Psychologische Analysen und Interventionsansätze im Kontext von makrosozialen Bedrohungen, Terrorgefahren und Intergruppenkonflikten Jahrestagung 09. – 11. Juni 2006	Projektleiter: **Prof. Dr. Wolfgang Frindte** Forum Friedenspsychologie e. V.

Die Tagung „Religion und Konflikt" ging auf eine gemeinsame Initiative der DSF und des Generalsekretariats der Evangelischen Akademien in Deutschland zurück. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass die Rolle von Religion und Religionsgemeinschaften in Konflikten und Friedensprozessen in der Friedens- und Konfliktforschung bisher nur wenig Beachtung gefunden hat. Die hierzu laufenden Forschungen verteilen sich auf verschiedene Disziplinen und sind kaum miteinander vernetzt. Unter der Federführung der Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft (FESt) und in Kooperation mit der DSF fand am 23. September 2005 ein interdisziplinärer Workshop statt, dessen Zielsetzung darin bestand, erste Ansätze für ein Forschungsprogramm zur ambivalenten Rolle von Religionen in Konflikten und Friedenprozessen zu diskutieren und die Forschungsaktivitäten in diesem Themengebiet zusammenzuführen. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser ersten Tagung soll ein weiterer Workshop vorbereitet werden, um eine inhaltliche Grundlage für einen zukünftigen Forschungsverbund zu diesem Themenkomplex auszuarbeiten. Ein zusammenfassender Ergebnisbericht wird nach der Ausrichtung des zweiten Workshops in der Reihe „Arbeitspapiere DSF" erscheinen.

Der Workshop „Corporate Security Responsibility: Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung transnationaler Unternehmen an der Herstellung von Sicherheit in Konfliktzonen" befasste sich mit der Rolle privatwirtschaftlicher Akteure bei der Bereitstellung des öffentlichen Guts Sicherheit. Der Projektleiter, Prof. Dr. Klaus Dieter Wolf, Forschungsgruppenlei-

ter der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), griff hiermit eine Themenstellung auf, die in den vergangenen Jahren zwar verstärkt auf die Agenda der internationalen Politik gerückt ist, in der wissenschaftlichen Forschung bisher jedoch noch nicht die erforderliche Aufmerksamkeit erhalten hat. Die Zielsetzung der Tagung bestand darin, erste wissenschaftlich begründete Einschätzungen über die Möglichkeiten und Bedingungen einer konfliktmindernden Einwirkung privatwirtschaftlicher Akteure auf innerstaatliche Gewaltkonflikte zu erhalten. Darüber hinaus erörterten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung Kriterien und Faktoren, die bei der Entwicklung einer kohärenten Forschungskonzeption Berücksichtigung finden müssen. Zudem soll ein Netzwerk unter Beteiligung internationaler Forschungseinrichtungen aufgebaut werden. Die Ergebnisse der Tagung erscheinen in Form einer Fachpublikation. Ein Tagungsbericht steht auf der Internetseite der DSF zur Verfügung.

Die von Dr. Tobias Debiel und Dr. Christoph Weller konzipierte Tagung „Der Aktionsplan ‚Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung'. Stand und Perspektiven aus Sicht der Friedens- und Konfliktforschung" greift ein Thema auf, das die Stiftung im Jahr 2004 als Gegenstand ihres Parlamentarischen Abends in Berlin ausgewählt hatte. Die wissenschaftlichen Beiträge waren anschließend in der Ausgabe 3-4/2004 der Zeitschrift „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization" veröffentlicht worden. Der „Aktionsplan" ist das umfassendste Dokument, das eine Bundesregierung bisher zu Fragen der Friedenspolitik veröffentlicht hat. Im Sommer 2006 wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag ihren Zwischenbericht zur Umsetzung des Aktionsplans vorlegen. Die von der DSF geförderte Tagung soll einen Beitrag leisten, wissenschaftlich begründete Evaluierungskriterien zu entwickeln, mit deren Hilfe die im Rahmen des Aktionsplans durchgeführten Maßnahmen insbesondere zum thematischen Schwerpunkt der Krisenprävention in ihrer Wirksamkeit beurteilt werden können. Des Weiteren wollen die Projektleiter der Frage nachgehen, welche Anschlussmöglichkeiten der Aktionsplan auf der Ebene der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik finden kann. Schließlich soll der Workshop ein Forum bieten, das britische Modell der Conflict Prevention Pools vorzustellen und es im Hinblick auf Effizienz und Handlungsmöglichkeiten mit den Organisationsstrukturen zu vergleichen, wie sie für die Umsetzung des deutschen Aktionsplans geschaffen wurden. Mit dem Workshop suchen die Projektleiter ferner den Dialog zwischen der Friedensforschung und der Politik zu Fragen der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, der in den kommenden Jahren weiter verstetigt werden soll. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen musste die Durchführung des Workshops auf Ende Januar 2006 verschoben werden.

Die Stiftung fördert ferner das Jahreskolloquium 2006 der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), das sich mit dem Thema „Berliner Friedenspolitik: Anspruch – Wirklichkeit – Zukunft" auseinander setzt. Die Zielsetzung besteht zum einen darin, eine Bilanz der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik seit der Wiedervereinigung zu ziehen und diese an ihrem Anspruch zu messen, eine Friedenspolitik unter den Leitbildern Multilateralismus und Zivilmacht zu verfolgen. Zum anderen diskutieren die eingeladenen Referenten und Referentinnen künftige Herausforderungen und Handlungsoptionen insbesondere unter der Fragestellung friedenspolitischer Leitorientierungen. In fünf Arbeitsgruppen greifen sie verschiedene Themenfelder der deutschen Außenpolitik auf. Für den Einführungsvortrag konnte die amerikanische Wissenschaftlerin Prof. Dr. Catherine McArdle Kelleher, US Naval College und Watson Institute for International Studies, Brown University, gewonnen werden. Um den Dialog zwischen der Friedens- und Konfliktforschung und den politischen Praktikern zu befördern, führt die AFK die Tagung in Berlin durch. Die Beiträge sollen in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) veranstaltet die DSF die Fachtagung „Die UN als Friedenswahrer und Konfliktschlichter. Lessons Learned, Mission (still) to be Accomplished?". Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen für die Vereinten Nationen sollen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen darüber diskutieren, wie diese ihrer Kernaufgabe als Friedenswahrer und Konfliktschlichter bisher gerecht wurden und welche Reformanstrengungen ihre zukünftige Handlungsfähigkeit stärken können. Hierbei steht vor allem die neue Kommission für Friedenskonsolidierung im Mittelpunkt des Interesses. An der Tagung nehmen Wissenschaftler und Praktiker teil. Aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahlen musste die Tagung auf den 15. März 2006 verschoben werden. Die Beiträge der Tagung veröffentlicht die DGVN in ihrer eigenen Schriftenreihe.

Im Rahmen der Tagungsförderung bewilligte die Stiftung ferner einen Förderbeitrag für die 19. Jahrestagung des Forums Friedenspsychologie e. V., die sich vom 9. bis 11. Juni 2006 mit der Thematik „Psychologische Analysen und Interventionsansätze im Kontext makrosozialer Bedrohungen, Terrorgefahren und Intergruppenkonflikten" befassen wird. Unter der Annahme zunehmender kollektiver Bedrohungsgefühle sollen neue Forschungsperspektiven entwickelt werden, die zum einen die psychologischen Ursachen und Auswirkungen dieser „makrosozialen Bedrohung" untersuchen, zum anderen aber auch Möglichkeiten einer friedlichen Konfliktlösung (Interventionsansätze) aufzeigen. Des Weiteren streben die Veranstalter an, ein internationales Forschungsnetzwerk unter Beteiligung israelischer und amerikanischer Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen zu knüpfen. Die Beiträge sollen in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

Im Rahmen der Kleinprojektförderung bewilligte die Stiftung auch die Förderung folgender Publikationen:

Bewilligte Druckkostenzuschüsse im Jahr 2005	
Günther Gugel/Uli Jäger/Christoph Lang **Peace-Counts. Die Erfolge der Friedensmacher (CD-ROM) –** Beilage zum Band: Petra Gerster mit Michael Gleich: Die Friedensmacher. München: Hanser 2005	Projektnehmer: **Günther Gugel** Institut für Friedenspädagogik Tübingen e.V.
Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 80 (2005), Heft 1-2, Schwerpunktthema: Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2005	Projektnehmer: **Prof. Dr. Christian Tomuschat/ Dr. Volker Schwarz** FU Berlin/BWV

In dem Band „Die Friedensmacher", der von der Journalistin Petra Gerster und dem Publizisten Michael Gleich herausgegeben wurde, finden sich zahlreiche Beispiele, die in bemerkenswerter Weise zeigen, wie Menschen sich mit Mut und Kreativität erfolgreich dafür einsetzen, dass das friedliche Zusammenleben in den Krisenregionen dieser Welt keine unerfüllbare Sehnsucht bleiben muss. Die DSF ermöglichte es mit ihrem Förderbeitrag, dass dem Band eine CD-ROM mit Anschauungsmaterial beigelegt werden konnte. Diese wurde am Institut für Friedenspädagogik e. V. in Tübingen entwickelt.

Des Weiteren bewilligte die Stiftung einen Druckkostenzuschuss für die Ausgabe 1-2/2005 der Fachzeitschrift „Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization“. Hierin wurden insbesondere Beiträge aus von der DSF geförderten Forschungsvorhaben veröffentlicht, die im Rahmen eines interdisziplinären Forschungsworkshop der DSF in Hannover vorgestellt worden waren. Das Schwerpunktthema „Post-Conflict Peacebuilding – Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften“ hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung für die nationale wie internationale Friedens- und Konfliktforschung gewonnen. Das Themenheft bietet somit einen Einblick in wichtige neue Forschungsergebnisse, die auch Impulse für künftige politische Handlungsoptionen geben können.

Schließlich unterstützte die Stiftung den wissenschaftlichen Vortrag “Herbst der Patriarchen. Wohin treibt die arabische Welt?“ von Dr. Amr Hamzawy, Carnegie Endowment for International Peace, mit Reisekostenzuschüssen. Die Veranstaltung fand am 15. Juli 2005 im Rahmen des vom Kulturamt der Stadt Osnabrück vorbereiteten „Morgenland Festivals“ statt, das den interkulturellen Dialog zwischen der islamischen und der abendländisch-christlichen Welt fördert. Als Kooperationspartner stellte die Stiftung ihre Räumlichkeiten für den Vortrag zur Verfügung.

2. Struktur- und Nachwuchsförderung

Das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung wurde in seinen Grundzügen im April 2001 beschlossen und in den vergangenen Jahren schrittweise verwirklicht. Im Folgenden wird die Entwicklung der Teilprojekte im Berichtsjahr 2005 zusammengefasst.

2.1. Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“

Mit der Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ verfolgt die Stiftung das Ziel, die naturwissenschaftliche Friedensforschung erstmalig und dauerhaft mit einem Lehrstuhl an einer deutschen Hochschule zu verankern. Naturwissenschaftliche Fragestellungen und Methoden sollen für die Friedensforschung erschlossen werden, um Themenstellungen wie Rüstungsdynamiken, Massenvernichtungswaffen und Rüstungskontrolle mit der erforderlichen Fachkompetenz bearbeiten zu können. Weitere Forschungsfelder bestehen in der Frage der nachhaltigen Ressourcennutzung und den unmittelbaren und mittelbaren Konfliktpotenzialen, die aus einer nicht nachhaltigen Entwicklung resultieren können.

Die Fördermittel zur Einrichtung der Stiftungsprofessur waren im März 2004 der Universität Hamburg bewilligt worden. Die Initiativförderung der Stiftung erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Im Anschluss wird die Finanzierung der Professur und der Ausstattung von der Universität Hamburg übernommen. Die Gesamthöhe der Fördermittel beläuft sich auf 1,25 Millionen Euro.

Im Herbst 2005 konnte die Universität Hamburg das Berufungsverfahren erfolgreich abschließen. Seitens der DSF wirkten Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt, und Dr. Ulrich Ratsch, FESt, (beide Wissenschaftlicher Beirat) in der Berufungskommission mit.

Berufen wurde der Kernphysiker Dr. Martin Kalinowski (geb. 1961). Nach Stationen bei der Interdisziplinären Arbeitsgruppe für Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) an der TU Darmstadt, wo er über Tritiumkontrolle promovierte, und bei der Organisation für den Kernwaffenteststoppvertrag (CTBT) in Wien im Frühjahr 2005 wechselte er als

Assistant Professor for Technology and International Security an die University of Illinois, Urbana-Champaign. Er übernimmt die Stiftungsprofessur in Hamburg zum 1. März 2006.

Dr. Martin Kalinowski

Die Stiftungsprofessur bildet den Kern des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), das die Universität Hamburg in fächerübergreifender Kooperation einrichtet, und in die auch das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eingebunden ist. Hierdurch entsteht ein inter- und multidisziplinär ausgerichteter Forschungsverbund, der neue Möglichkeiten eröffnet, die Wechselwirkung von Naturwissenschaften, Konflikten und internationaler Sicherheit vor dem Hintergrund der Leitbilder Frieden und Nachhaltigkeit zu erforschen. In der Lehre sollen Themenstellungen der naturwissenschaftlichen Friedensforschung in die Lehrangebote der Natur- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg integriert werden. Die DSF erhält einen Sitz im Kuratorium des ZNF. Das Zentrum wird am 7. Juli 2006 mit einer Festveranstaltung und einem Fachkolloquium feierlich eröffnet.

2.2. Promotionsförderung mit Betreuungssystem

Die Fördermittel zur Einrichtung einer Promotionsförderung mit Betreuungssystem waren bereits im Jahr 2002 an drei Einrichtungen bewilligt worden. Dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und dem Zentrum für Konfliktforschung (ZKF) der Universität Marburg stehen jeweils acht zweijährige Promotionsstipendien mit Sachausstattung zur Verfügung, die in eigener Entscheidungsbefugnis zur Stärkung der Forschungsschwerpunkte vergeben werden können. Im Gegenzug verpflichten sich die geförderten Einrichtungen, ein Betreuungssystem einzurichten, das es den Stipendiaten und Stipendiatinnen ermöglichen soll, ihre Forschungsarbeiten unter fachkundiger Betreuung durchzuführen und zugleich zusätzliche berufsqualifizierende Kompetenzen zu erwerben. Hierdurch sollen nicht nur besonders günstige Rahmenbedingungen für Promotionen, sondern auch verbesserte Voraussetzungen für einen anschließenden Berufseinstieg geschaffen werden.

Ende 2004 gab der Stiftungsrat der DSF nach der Vorlage der Zwischenberichte die zweite Tranche der Stipendienmittel frei. Im Berichtsjahr wurden folgende Stipendien neu vergeben:

1. Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg:

- Cordula Dittmer
  Friedensmacht und Einsatzbereitschaft – Eine Analyse der aktuellen militärpolitischen Entwicklungen mit besonderer Berücksichtigung der Genderperspektive
- Friederike Fuhlrott
  Wege zum Frieden? Mozambique 1992 — Angola 2002 — Sudan 2005. Peacebuilding nach Friedensverträgen im Vergleich. Von Kriegs- und Gewaltkulturen zu Friedenskulturen unter besonderer Berücksichtigung der (Wieder-) Eingliederung ehemaliger Kämpferinnen und Kämpfer
- André Bank
  Staatlichkeit und Gewaltkontrolle im Vorderen Orient – Eine vergleichende Analyse innergesellschaftlicher Konflikte in Algerien, Bahrain, Jordanien und Syrien
- Jan Bernhardt
  Die Diskurse der Europäischen Union: Europäische Menschenrechts- und Sicherheitspolitik als Mechanismen politischer Identitätsbildung

2. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung:

- Susanne Fischer
  Die Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen

Ein weiteres Stipendium wird von der HSFK im Jahr 2006 vergeben.[2]

Im Januar 2005 legte die vom Stiftungsrat berufene Kommission bestehend aus Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer (Stiftungsrat der DSF), Prof. Dr. Susanne Feske (Wissenschaftlicher Beirat der DSF) und Prof. Dr. Egbert Jahn (Externer Gutachter von der Universität Mannheim) ihren Bericht zur Zwischenevaluierung der Promotionsförderung vor. Hierin wird festgestellt, dass die Einrichtung einer Promotionsförderung durch die DSF eine Lücke in der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses der Friedens- und Konfliktforschung schließt. Die geförderten Einrichtungen seien ihren Verpflichtungen im Rahmen des Betreuungssystems zufrieden stellend nachgekommen, indem sie die Doktoranden und Doktorandinnen in die jeweiligen Forschungsschwerpunkte eingebunden und eine kontinuierliche Betreuung gewährleistet hätten. Die ausgewählten Forschungsvorhaben zeichneten sich durch innovative Themenstellungen aus. Da über die Hälfte der Stipendien an Frauen vergeben worden sei, setzten die Einrichtungen auch das ausdrückliche Förderziel der Stiftung um, den Anteil von Frauen in der Friedens- und Konfliktforschung zu erhöhen.

In Abweichung von der bisherigen Förderpraxis hält es die Kommission jedoch für geboten, über eine Verlängerung der auf zwei Jahre befristeten Stipendien nachzudenken, da es kaum möglich sei, eine Dissertation in einem solch engen Zeitrahmen fertig zu stellen. Des Weiteren empfiehlt die Kommission nachdrücklich, die Promotionsförderung auch nach Auslaufen des Programms fortzuführen, sofern der Stiftung hierfür die finanziellen

[2] Das IFSH hatte sämtliche Stipendien bereits Ende 2004 vergeben. Siehe hierzu den Jahresbericht 2004. Eine Übersicht über die Dissertationsprojekte findet sich auf der Internetseite der Stiftung.

Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Die DSF wird die Promotionsförderung nach Abschluss der Förderung einer Gesamtevaluierung unterziehen, auf deren Grundlage die Möglichkeiten geprüft werden, ein ähnliches Programm fortzuführen.

Die Kommission legte der Stiftung ferner nahe, die Stipendiaten und Stipendiatinnen der geförderten Einrichtungen stärker miteinander zu vernetzen und entsprechende Veranstaltungen anzubieten. In Kooperation mit der Arbeitsstelle Friedensforschung (AFB) führte die DSF am 18. und 19. November 2005 im Harnack-Haus in Berlin einen Workshop durch, auf dem die Dissertationsprojekte zur Diskussion gestellt wurden. Die Moderation übernahmen Prof. Dr. Sven Chojnacki, FU Berlin und Prof. Dr. Bernhard Zangl, Universität Bremen. Darüber hinaus fand ein Erfahrungsaustausch über die zusätzlichen Leistungen der geförderten Einrichtungen im Rahmen des Betreuungssystems statt. Die Stipendiaten und Stipendiatinnen schätzten die Angebote insgesamt sehr positiv ein und äußerten ihre Überzeugung, dass mit dem geförderten Modell die Promotionsphase in effizienter Weise unterstützt werden kann.

2.3. Postgradualer Masterstudiengang „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“

Der postgraduale Masterstudiengang konnte nach einer Bewilligungszusage durch die DSF bereits im Oktober 2002 unter Federführung des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eingerichtet werden. Er wird vom Kooperationsverbund deutscher Friedensforschungsinstitute (Kofries) getragen, dessen Mitgliederbasis in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich anwuchs. Der Studiengang wird von der Universität Hamburg zertifiziert.

Das einjährige Aufbaustudienprogramm richtet sich an Hochschulabsolventen sowie an Personen, die bereits über einschlägige Berufserfahrungen verfügen. Das Studium ist durch interdisziplinäre und praxisorientierte Lehrinhalte gekennzeichnet und orientiert sich an möglichen Berufsfeldern.

Die Stiftung fördert den Studiengang mit einer Gesamtsumme von 1,2 Millionen Euro. Hiermit werden jährlich 15 Studienstipendien sowie Personal- und Sachausstattung finanziert. Bis zu zehn weitere Stipendien stellte der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) für Studierende aus dem südosteuropäischen Raum zur Verfügung.

Für das Jahr 2006 ist die Akkreditierung des Masterstudiengangs vorgesehen. Im Rahmen des damit verbundenen Verfahrens wird die DSF eine Zwischenevaluierung der Fördermaßnahme durchführen.

Im Berichtsjahr schloss bereits der dritte Jahrgang das Studium mit dem Masterexamen ab. Die Zeugnisse wurden am 12. Oktober 2005 in feierlichem Rahmen an die Absolventen und Absolventinnen übergeben. Zugleich wurden die neu immatrikulierten Studierenden des vierten Jahrgangs willkommen geheißen. Der Staatsrat der Behörde für Wissenschaft und Gesundheit, Dr. Roland Salchow, sprach in der Feierstunde ein Grußwort. Den Hauptvortrag hielt die Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Frau Barbara Lochbihler, zum Thema „Sicherheitspolitik vs. Menschenrechtsschutz?“.

Für das Studienjahr 2005/06 wurden aus dem Kreis der 86 Bewerber und Bewerberinnen 21 Studierende zugelassen, davon 11 aus dem Ausland. Die anhaltend große Nachfrage nach Studienplätzen verdeutlicht, dass der postgraduale Studiengang eine hohe Reputation im In- und Ausland erlangt hat und somit gute Aussichten bestehen, dass das Programm nach Auslaufen der Förderung durch die DSF fortgeführt werden kann.

2.4. Geistes- und sozialwissenschaftliche Studiengänge Friedens- und Konfliktforschung

Die Stiftung fördert mit einer Gesamtsumme von 1,67 Millionen Euro die Einrichtung von drei Masterstudiengängen im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung:

- Master Friedensforschung und Internationale Politik, Universität Tübingen
- Master Friedens- und Konfliktforschung, Universität Marburg
- Master in Peace Studies, FernUniversität Hagen

Die Initiativförderung erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren und umfasst sowohl Mittel für Personal- als auch für Sachkosten. In diesem Rahmen finanziert die DSF am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen eine C3-Stiftungsprofessur für Friedens- und Konfliktforschung, auf die Prof. Dr. Andreas Hasenclever berufen wurde. An der Universität Marburg fördert die Stiftung die Juniorprofessur für Friedens- und Konfliktforschung von Prof. Dr. Thorsten Bonacker am Zentrum für Konfliktforschung. An der FernUniversität Hagen wird eine wissenschaftliche Mitarbeiterstelle für Koordination und Organisationsaufgaben sowie für die Entwicklung von Studienmaterialien aus Fördermitteln der DSF finanziert.

Während die Studienangebote an den Universitäten Marburg und Tübingen als konsekutive Masterprogramme angelegt sind, handelt es sich beim Modell an der FernUniversität Hagen um ein kostenpflichtiges Weiterbildungsangebot. Die Masterprogramme setzten unterschiedliche inhaltliche und disziplinäre Schwerpunkte und stehen somit in keiner unmittelbaren Konkurrenz zueinander. In Marburg und Tübingen stehen 30 bzw. 20 Studienplätze je Jahrgang zur Verfügung, die FernUniversität Hagen nimmt etwa 40 Studierende auf. Die Nachfrage nach Studienplätzen in den von der DSF geförderten Masterstudiengängen stieg zum zweiten Bewerbungstermin zum Wintersemester 2005/06 noch einmal deutlich an. Es konnten nahezu alle Studienplätze besetzt werden.

Eröffnungsveranstaltung im Marburger Schloss am 10.06.2005

Mit der Förderung von Masterstudiengängen verfolgt die DSF die Zielsetzung, die Friedens- und Konfliktforschung auch im Bereich der Lehre strukturell an den deutschen Hochschulen zu verankern. Es sollen leistungsfähige Ausbildungsangebote geschaffen werden, die nicht nur eine bessere Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses befördern, sondern zugleich auch den steigenden Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Friedensfachkräften decken. Nicht zuletzt aufgrund der in die Lehrprogramme integrierten Praxiselemente zeichnen sich die Masterstudiengänge durch eine starke Berufsfeldorientierung aus.

An allen drei von der DSF geförderten Einrichtungen konnte der Studienbetrieb zum Wintersemester 2004/05 aufgenommen werden. Nachdem bereits im Oktober 2004 an der Universität Tübingen und der FernUniversität Hagen die Studiengänge feierlich eröffnet worden waren, fand am 10. Juni 2005 auch in Marburg eine Eröffnungsveranstaltung statt. Nach den Grußworten des Universitätspräsidenten Prof. Dr. Volker Nienhaus und des Direktors des Zentrums für Konfliktforschung Prof. Dr. Ulrich Wagner stellte Prof. Dr. Thorsten Bonacker den Studiengang vor. Die Studierenden des ersten Jahrgangs präsentierten ihre Eindrücke und Erfahrungen in einer Videovorführung.

In seiner Ansprache beglückwünschte der Vorsitzende der Stiftung, Prof. Dr. Volker Rittberger, die Universität Marburg zur Einrichtung des innovativen Masterstudiengangs. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Zentrums hätten mit großem Elan ein vielseitiges und anspruchsvolles Lehrprogramm ausgearbeitet, das sich durch multi- und interdisziplinäre Offenheit sowie praxisorientierte Studienelemente auszeichne. Besonders hervorzuheben sei die Einbeziehung von „soft skills“, die insbesondere für die Konfliktmediation von Bedeutung seien, sowie die Teilnahme an Forschungsseminaren. Prof. Rittberger wies zudem darauf hin, dass schon heute ein zunehmender Bedarf an wissenschaftlich qualifizierten Friedensfachkräften zu verzeichnen sei, so dass die Absolventen und Absolventinnen des Studiengang durchaus mit guten Aussichten auf einen anschließenden Berufseinstieg rechnen könnten. Die Stiftung setze große Erwartungen in die von ihr geförderten Studiengänge und werde ihre weitere Entwicklung begleiten und zu gegebener Zeit evaluieren.

Die Redner der Festveranstaltung v.l.n.r.: Prof. Dr. Ulrich Wagner, Prof. Dr. Volker Rittberger, Prof. Dr. Volker Nienhaus, Juniorprofessor Dr. Thorsten Bonacker

Das Struktur- und Nachwuchsförderungsprogramm der DSF

Sozial- und geisteswissenschaftliche Masterstudiengänge:	
Universität Tübingen: „Friedensforschung und Internationale Politik“, C3-Professur Internet: http://www.uni-tuebingen.de/polmasterfip/	Beginn: WS 2004/2005
FernUniversität Hagen: „Master in Peace Studies“ Internet: http://www.fernuni-hagen.de/	Beginn: WS 2004/2005
Philipps-Universität Marburg: „Peace and Conflict Studies”, Juniorprofessur Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/	Beginn: WS 2004/2005
Postgradualer Masterstudiengang:	
Friedensforschung und Sicherheitspolitik / Master of Peace and Security Studies Internet: http://www.ifsh.de/studium/masterdetails.php	Beginn: Oktober 2002
Strukturierte Promotionsförderung:	
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M. Internet: http://www.hsfk.de/	Beginn: November 2002 – Januar 2003
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) Internet: http://www.ifsh.de/	Beginn: Oktober 2002
Zentrum für Konfliktforschung an der Universität Marburg Internet: http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/	Beginn: Januar – Mai 2003
Stiftungsprofessur:	
Carl Friedrich von Weizsäcker–Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ Internet: http://www.uni-hamburg.de/fachbereiche-einrichtungen/znf/professor_e.pdf	Beginn: 1. März 2006

III. Transferaktivitäten und Veranstaltungen

Die Stiftung sieht es als ihre Aufgabe an, die aus den geförderten Forschungsprojekten gewonnen Befunde in die politische Praxis und Öffentlichkeit zu vermitteln. Hierfür nutzt die Stiftung unterschiedliche Veranstaltungsformen und Foren wie z. B. Parlamentarische Abende sowie Fachgespräche und Fachkonferenzen mit den im Bundestag vertretenen Fraktionen oder die presseöffentliche Vorstellung neuer wissenschaftlicher Ergebnisse und Veröffentlichungen. Im Berichtsjahr musste aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen zum Deutschen Bundestag die Mehrzahl der geplanten Veranstaltungen entfallen.

Die Aktivitäten der Stiftung standen zum großen Teil im Zeichen der Vorbereitungen für die Veranstaltungen zum fünfjährigen Bestehen der Stiftung, die vom 27. bis 29. April 2006 am Stiftungssitz in Osnabrück stattfinden. In Ergänzung zur Festveranstaltung, zu der Vertreter der Politik aus Stadt, Land und Bund eingeladen sind, richtet die Stiftung das internationale Symposium „Strategies for Peace. Contributions of International Organisations, States, and Non-State Actors“ aus, für das namhafte Wissenschaftler und Wissenschafterinnen aus dem In- und Ausland erwartet werden.

1. Fachkonferenz zur Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle

Am 23. Februar 2005 führte die SPD-Bundestagsfraktion eine Fachtagung zum Thema „Sicherheitspolitik und Rüstungskontrolle im Zeitalter rasanter Technikentwicklung“ durch. Die Zielsetzung der Tagung war, vor dem Hintergrund einer dynamischen Technologieentwicklung die Risiken und Gefahren auszuloten, die von neuartigen Formen der Kriegsführung und Waffentechnik ausgehen können. Die Entwicklung neuer militärisch einsetzbarer Technologien ist immer stärker verknüpft mit der zivilen Technikentwicklung, insbesondere in innovativen Feldern wie der Bio- und Nanotechnologie oder den Informations- und Kommunikationstechnologien. Die Fachtagung sollte zudem Impulse für eine verstärkte Auseinandersetzung mit Fragen neuer Rüstungskontroll- und Abrüstungsinitiativen in der SPD-Bundestagsfraktion geben.

Auf der Fachtagung waren die durch die DSF geförderten Forschungsprojekte, vor allem mit Beiträgen aus dem Bereich der naturwissenschaftlichen Friedensforschung, sehr prominent vertreten. So stellte Dr. Jürgen Altmann, Universität Dortmund, seine Forschungsergebnisse zur militärischen Nutzung der Nanotechnologie vor und unterbreitete Vorschläge für Maßnahmen zur präventiven Rüstungskontrolle. Dr. Götz Neuneck, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) führte in die Problematik einer militärischen Nutzung des Weltraums ein. Schon heute werde der Weltraum vielfach für militärische Zwecke genutzt, auch wenn Weltraumwaffen noch nicht stationiert seien. Hier gelte es durch internationale Vereinbarungen präventiv einzugreifen, um ein teures und destabilisierendes Wettrüsten in diesem Bereich zu verhindern.

Der Vorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger wies in seinem Beitrag „Forschen für den Frieden – eine Standortbestimmung“ darauf hin, dass die Deutsche Stiftung Friedensforschung insgesamt sieben Forschungsvorhaben fördere, die sich mit verschiedenen Aspekten von Technologieentwicklung und Rüstungsdynamik, dem Problem der Proliferation und des Missbrauchs von Massenvernichtungswaffen sowie präventiver Rüstungskontrolle befassten. Die naturwissenschaftliche Friedensforschung könne somit fundierte Ergebnisse zur Verfügung stellen, die für politische Initiativen im Bereich der Rüstungskontrolle und Abrüstung eine wichtige wissenschaftliche Grundlage darstellten. Die auch international nachgefragte und anerkannte Expertise aus der deutschen Friedens- und Konflikt-

forschung stehe jedoch in einem krassen Missverhältnis zur Verankerung dieses Forschungsfeldes an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten. Es böten sich somit auch kaum berufliche Perspektiven für einschlägig ausgebildete Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Um dieses Defizit zumindest teilweise zu beseitigen, habe die Stiftung im Rahmen ihres Programms zur Struktur- und Nachwuchsförderung Fördermittel zur Einrichtung der Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftungsprofessur „Naturwissenschaft und Friedensforschung“ in Höhe von 1,25 Millionen Euro an die Universität Hamburg bewilligt. Die Stiftung werde auch in Zukunft diesem Forschungsfeld eine große Bedeutung beimessen.

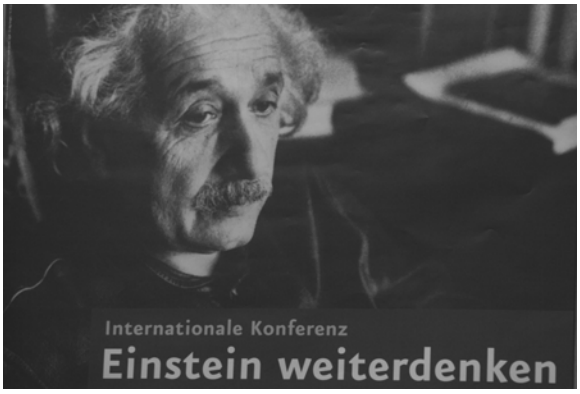
2. Workshop zum europäischen Programm für Sicherheitsforschung

In Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin und dem EU-Büro des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung (BMBF) wurde am 18. Juli 2005 ein Workshop zum Thema „Das Europäische Programm für Sicherheitsforschung – Sozialwissenschaftliche Erklärungsbeiträge und Perspektiven“ ausgerichtet. Den Ausgangspunkt bildete das von der Europäischen Union entwickelte Programm zur Sicherheitsforschung, das als eine Priorität in das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm aufgenommen werden soll. Der Tagung lag eine dreifache Zielsetzung zugrunde: Erstens ging es darum, die an einschlägigen Themen arbeitenden sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschungsinstitute sowie die Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung über die Ausrichtung und die Fördermöglichkeiten im Rahmen des Programms zur Sicherheitsforschung zu informieren. Zweitens sollten Themenstellungen und Desiderate aus Sicht der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung formuliert werden, die Eingang in das Arbeitsprogramm des EU-Rahmenforschungsprogramms finden können. Schließlich wollten die Veranstalter frühzeitig ein Nachdenken über mögliche Vernetzungen anregen, die Voraussetzung für eine Antragstellung auf europäischer Ebene sind.

Die rund 40 Teilnehmer und Teilnehmerinnen waren sich darin einig, dass die bisher nahezu ausschließlich technologie- und industrieorientierte Sicherheitsforschung einer sozial- und friedenswissenschaftlichen Begleitforschung bedarf. Letztere könne Expertise insbesondere zu zwei Themenkomplexen einbringen, die für Sicherheitsfragen von grundlegender Bedeutung sind: Die erste Kompetenz bestehe darin, Risiken zu erkennen und Bedrohungs- und Verwundbarkeitsanalysen zu erstellen. Dies treffe insbesondere auch auf die Risiken und Ambivalenzen der künftig durch die EU geförderten Sicherheitstechniken selbst zu. Der zweite wichtige Beitrag bestehe darin, Krisen effektiv zu managen. Hierbei gehe es um das Wissen, wie europäische Gesellschaften mit Bedrohungen umgehen und wie Sicherheitsinstitutionen auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene gestaltet werden müssen. Zu jeder der beiden Kernkompetenzen sozialwissenschaftlicher Forschung wurde eine Reihe von Themenstellungen bestimmt, die bei der Ausformulierung des Arbeitsprogramms berücksichtigt werden sollen. Das zusammenfassende Ergebnispapier des Workshops wurde an das EU-Büro des BMBF weitergeleitet, das die Wissenschaftlergemeinde über die weiteren Entwicklungen unterrichten wird.

3. Internationale Konferenz „Einstein weiterdenken. Wissenschaft – Verantwortung – Frieden“

Im Rahmen des Einsteinjahres 2005 fand vom 14. bis 16. Oktober 2005 die öffentliche internationale Konferenz „Einstein weiterdenken. Wissenschaft – Verantwortung – Frieden“ in Berlin statt. Die Konferenz war durch einen Trägerkreis von Organisationen vorbereitet worden, dem neben der DSF die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK), der Forschungsverbund Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS), die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für den Frieden und Zukunftsfähigkeit (Natwiss) und die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) angehörten. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).



Zielsetzung der internationalen Konferenz war es, das Erbe Albert Einsteins für die Gegenwart zu entdecken und zu interpretieren. Hierbei standen weniger Einsteins wissenschaftliche Leistungen im Zentrum des Interesses, als vielmehr seine politischen Ideale und sein couragiertes Eintreten für Freiheit, Menschenrechte und Frieden. Wichtige Bezugspunkte für die Konzeption der Tagung bildeten Einsteins Selbstverständnis als Pazifist und sein Einsatz gegen die atomaren Gefahrenpotenziale.

In seiner Eröffnungsrede hob der Vorsitzende der DSF, Prof. Dr. Volker Rittberger, hervor, wie nachdrücklich sich Einstein Zeit seines Lebens für Frieden, Demokratie und Rechtsstaat einsetzte. Große Hoffnungen habe er ferner auf den Zusammenschluss der Staaten zu einer Weltorganisation gesetzt, mit deren Autorität der Weltfriede zu sichern sei. Freilich müssten im Hinblick auf Einsteins Pazifismus und sein wissenschaftliches Verantwortungsbewusstsein unterschiedliche Entwicklungsphasen berücksichtigt werden. So habe er sich angesichts der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nach eigenen Aussagen vom „überzeugten Pazifisten“ zum „geläuterten Pazifisten“ gewandelt. Auch sein Nachdenken über die gesellschaftlichen Folgen bestimmter wissenschaftlich-technischer Entwicklungen habe erst durch den Bau und den Einsatz der Atombombe eine entscheidende Wendung erfahren. Die unmittelbar vor seinem Tod erfolgte Unterzeichnung des „Russell-Einstein-Manifests“ im Juli 1955, das vor der atomaren Bedrohung als Existenzfrage für die zivilisierte Menschheit warnte, sei ein letzter wirkungsmächtiger Ausdruck seines politischen Engagements gewesen. Die Konferenz solle im Anschluss an die von Einstein aufgeworfene „Existenzfrage“ darüber diskutieren, welche überzeugenden Antworten die Wissenschaft heute bereit halte, um die zukünftigen Lebensbedingungen der Menschheit auf der

Grundlage einer nachhaltigen Entwicklung und eines rechtlich gesicherten Friedens zu gestalten.

Die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, betonte in ihrer Eröffnungsrede, wie wichtig es sei, nicht nur den Wissenschaftler, sondern auch den Bürger Einstein zu feiern, der ein zutiefst politisch denkender und handelnder Mensch gewesen sei. Wenn es ein Thema gegeben habe, das für Einstein im Laufe seines Lebens an Bedeutung gewonnen habe, dann sei es das Ziel gewesen, eine Welt ohne Krieg zu schaffen. Frieden sei ein Prozess, der vorausschauend und dauerhaft gestaltet werden müsse. Dieses Problem stelle sich heute ebenso wie zu Einsteins Lebzeiten. Auch nach dem Ende des Kalten Krieges sei die Welt nicht friedlicher geworden. Es stellten sich vielmehr neue Herausforderungen für die Friedens- und Sicherheitspolitik, für die Antworten gefunden werden müssten. Aus diesem Grund habe die Regierungskoalition „bewusst und gezielt die Entwicklung der Friedenswissenschaft gefördert“. Den Kern dieser Politik bilde die Gründung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) im Oktober 2000, die sich durch ihre Forschungsförderung, insbesondere im Bereich der Gewalt- und Krisenprävention, sowie durch die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Friedens- und Konfliktforschung Verdienste erworben habe.

Bundesministerin Edelgard Bulmahn begrüßte UNICEF-Botschafterin Bianca Jagger als Ehrengast der Eröffnungsveranstaltung

Die Tagung gliederte sich in drei Teile: Die Abendveranstaltung des ersten Tages widmete sich im Anschluss an Einsteins Vorbild dem bürgergesellschaftlichen Engagement. Als einer der Hauptredner war der Friedensnobelpreisträger Sir Joseph Rotblat vorgesehen, der jedoch nur wenige Wochen vor dem Kongress verstarb. Sein unermüdliches Engagement für die Abrüstung und Beseitigung von Atomwaffen wurde von mehreren Rednern gewürdigt.

Den Beitrag Rotblats, der die Grundgedanken und Zielsetzungen der zweiten Pugwash Resolution vorstellen wollte, übernahm Prof. Dr. Marie Muller, Direktorin des Centre for International Political Studies an der University of Pretoria (CIPS), Südafrika, und Vorsitzende des Pugwash Council.

Prof. Dr. Marie Muller

Des Weiteren sprachen auf dieser Plenarveranstaltung der Wirtschaftswissenschaftler und Autor Dr. Daniel Ellsberg aus den USA sowie Prof. Dr. Samir Amin, der Direktor des Dritte Welt Forums, Dakar.

Dr. Daniel Ellsberg

Prof. Dr. Samir Amin

Am zweiten Konferenztag diskutierten Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem In- und Ausland in insgesamt neun Foren über Fragen wissenschaftlicher Verantwortung sowie die Anforderungen an die Wissenschaft für eine nachhaltige Abrüstungs- und Friedenspolitik. Die vier Foren des Vormittags wurden durch den Plenarvortrag von Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, ehemaliger Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik, München, zum Thema „Einstein und die Bedingungen verantwortbarer Wissenschaft heute“ eingeleitet. Im Anschluss diskutierten die Konferenzteilnehmer die Tagungsreferate zu Themengebieten, die sich insbesondere mit der ethischen Verantwortung der Wissenschaft und dem Beitrag der Wissenschaft zur Friedensicherung auseinander setzten: Die fünf Foren am Nachmittag befassten sich mit aktuellen Fragen der Rüstungskontrolle, der Analyse und Bearbei-

tung von Gewaltkonflikten, der Rolle internationaler Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Neugestaltung der Weltordnung sowie des Pazifismus als regulative Idee. Den Auftakt bildete der Plenarvortrag von Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin, zum Thema „Fellow Travellers of Corporate Globalization: Konfrontation, Konflikt und Gewalt“.

Der dritte Konferenztag war dem Dialog zwischen Wissenschaft und Politik gewidmet. Das hochrangig besetzte Podium – Dr. Ronald S. McCoy, Kopräsident von Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Prof. Dr. Harald Müller, Geschäftsführender Vorstand der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Prof. Dr. Paolo Cotta-Ramusino, Generalsekretär von Pugwash Conferences on Science and World Affairs, Dr. Andreas Strub, Beauftragter für Non-Proliferation von Massenvernichtungswaffen beim Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Xavier Solana, und Botschafter Friedrich Gröning, Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt — diskutierte unter der Moderation von Jeanne Rubner, Süddeutsche Zeitung, über das Thema „Einstein weiterdenken: Für eine Zukunft ohne Massenvernichtungswaffen“. Die Internationale Konferenz fand eine große öffentliche Resonanz. Die wissenschaftlichen Beiträge werden in einem Tagungsband erscheinen.

4. Vernetzung der Stiftung in Wissenschaft und Öffentlichkeit

Die Stiftung hat auch im Jahr 2005 ihre Anstrengungen fortgesetzt, sowohl die Vernetzung der Friedensforschung zu befördern als auch Arbeitskontakte mit politischen Entscheidungsträgern und Praktikern zu knüpfen. Hierzu zählte die Teilnahme an Fachtagungen wie z. B. in der Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) an der Evangelischen Akademie Iserlohn sowie an der Jahrestagung des Forschungsverbundes Naturwissenschaft, Abrüstung und internationale Sicherheit (FONAS) am Stiftungssitz in Osnabrück. Darüber hinaus führte der Stiftungsvorsitzende zusammen mit dem Geschäftsführer Informationsgespräche beim Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg, beim Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin, und beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) in Berlin. Hierbei berichteten die Mitglieder der Forschungseinrichtungen über ihre laufenden Projekte sowie über geplante Vorhaben und informierten sich über die Zielsetzungen und Förderprogramme der DSF.

In seiner Funktion als Vorsitzender der DSF beteiligte sich Prof. Dr. Volker Rittberger am 22. Februar 2005 an einer Veranstaltung der Osnabrücker Friedensgespräche. Unter der Gesprächsleitung von Prof. Dr. Roland Czada, Universität Osnabrück, referierten und diskutierten der Vorsitzende der DSF und Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder über das Thema „Europa quo vadis? Regierbarkeit, Demokratie und Friedensfähigkeit der EU“.

Des Weiteren nahm der Vorsitzende eine Reihe repräsentativer Termine für die Stiftung wahr. Er intensivierte ferner die bestehenden Kontakte zu Kooperationspartnern in Bundesministerien und zu den Fachpolitikern des Deutschen Bundestages. Weitere Gespräche fanden am Stiftungssitz statt, an denen Vertreter der Universität und der Stadt Osnabrück teilnahmen. Hierbei nahmen insbesondere die Vorbereitungen der Veranstaltungen zum fünfjährigen Bestehen der DSF Ende April 2006 großen Raum ein.

IV. Aufgaben und Struktur der Stiftung

Die Aufgaben und Ziele der Deutschen Stiftung Friedensforschung sowie ihre Organstruktur sind in der Satzung festgelegt. Die Stiftung verfolgt den in § 2 (1) festgelegten Zweck, „die Friedensforschung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Bedeutung gemäß insbesondere in Deutschland dauerhaft zu stärken und zu ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit beizutragen“. Sie verwirklicht den Stiftungszweck, indem sie wissenschaftliche Vorhaben fördert und initiiert, nationale und internationale wissenschaftliche Konferenzen durchführt und den wissenschaftlichen Nachwuchs fördert. Als Einrichtung der Forschungsförderung führt sie keine eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen durch.

Die Stiftung hat die Rechtsform einer Stiftung bürgerlichen Rechts mit Sitz in Osnabrück. Sie ist als gemeinnützig in Sinne der Abgabenordnung anerkannt.

1. Stiftungsrat

Der Vorstand der Stiftung ist der Stiftungsrat, dem insgesamt 15 Personen angehören. Seine Mitglieder werden von der Stifterin, der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, berufen. Die Mandatszeit erstreckt sich über einen Zeitraum von fünf Jahren. Eine einmalige Wiederernennung ist möglich. Der Stiftungsrat legt die Leitlinien der Förderung fest und entscheidet über die Vergabe der Fördermittel. Er erstellt den jährlichen Wirtschaftsplan und legt eine Jahresrechnung und einen Jahresbericht vor. Der Stiftungsrat wird durch den Vorsitzenden und/oder die stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Gemeinsam bilden diese den Geschäftsführenden Vorstand der DSF.

Als Vorsitzender der Stiftung amtiert seit September 2003 Prof. Dr. Volker Rittberger, Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Stellvertretender Vorsitzender ist Wolf-Michael Catenhusen, bis zum 15. Dezember 2005 Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Christiane Lammers, Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen, legte im Mai 2005 ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende nieder und schied auf eigenen Wunsch auch aus dem Stiftungsrat aus.

Die Stiftung dankt Frau Lammers für ihre engagierte Mitwirkung im Stiftungsrat, im Gründungsvorstand und im Geschäftsführenden Vorstand.

Im November 2005 wählte der Stiftungsrat Dr. Martina Fischer, stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Dr. Martina Fischer gehört dem Stiftungsrat der DSF seit seiner Konstituierenden Sitzung an

Die Zusammensetzung des Stiftungsrats ergibt sich aus den Bestimmungen der Satzung. Hiernach gehören ihm vier Vertreter/Vertreterinnen der Bundesregierung, drei Mitglieder des Deutschen Bundestages und acht Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an, darunter ein Vertreter/eine Vertreterin der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Durch den Regierungswechsel im November 2005 sind die Mandate der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages neu zu besetzen. Die Neuberufungen waren zum Jahresende noch nicht ausgesprochen.

Im Jahr 2005 setzte sich der Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Ernst-Reinhard Beck
Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU); Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung; stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Prof. Dr. Gerhard Beestermöller
Stellvertretender Direktor des Instituts für Theologie und Frieden, Hamburg

Wolf-Michael Catenhusen (stellvertretender Vorsitzender)
Staatssekretär, Bundesministerium für Bildung und Forschung

Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer
Fachbereich Informatik, AB KOGS, Universität Hamburg

Dr. Uschi Eid
Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen); Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; G8-Afrikabeauftragte des Bundeskanzlers

Dr. Martina Fischer (stellvertretende Vorsitzende seit 24. November 2005)
Stellvertretende Leiterin des Berghof Forschungszentrums für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin

Walter Kolbow
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Christiane Lammers (Mitglied und stellvertretende Vorsitzende bis Mai 2005)
Landesarbeitsgemeinschaft Friedenswissenschaft in Nordrhein-Westfalen; FernUniversität Hagen

Prof. Dr. Harald Müller
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK); Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt/M.

Kerstin Müller
Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen); Staatsministerin, Auswärtiges Amt

Winfried Nachtwei
Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen); Mitglied des Verteidigungsausschusses; Mitglied des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung

Prof. Dr. Volker Rittberger (Vorsitzender)
Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard Karls Universität Tübingen

Heinz Schmitt
Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD); Mitglied des Ausschusses Bildung und Forschung

Prof. Dr. Dr. hc. Rüdiger Wolfrum
Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg; Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg; Richter am Internationalen Seegerichtshof

Prof. Dr. Herbert Wulf
Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Nordkorea

Das Mandat von Christiane Lammers im Stiftungsrat blieb nach ihrem Ausscheiden unbesetzt. Eine Nachberufung ist für 2006 angekündigt.

Im Berichtsjahr kam der Stiftungsrat am 21. April und 24. November zu zwei ordentlichen Sitzungen zusammen.

2. Wissenschaftlicher Beirat

Die Satzung eröffnet der Stiftung die Möglichkeit, einen wissenschaftlichen Beirat zu berufen. Er berät den Stiftungsrat und den Stiftungsvorstand insbesondere in Fragen der inhaltlichen Ausrichtung der Forschungsförderung und der Vermittlung der aus den geförderten Projekten hervorgehenden Forschungsergebnisse. Die Mitglieder stehen der Stiftung außerdem für gutachterliche Tätigkeiten zur Verfügung. Die Geschäftsordnung des Stiftungsrates legt fest, dass der Beirat bis zu 20 Personen umfassen kann. Die Mandatszeit beträgt drei Jahre. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats ist Dr. Theo Sommer, Editor-at-Large DIE ZEIT, stellvertretende Vorsitzende Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt.

In den Wissenschaftlichen Beirat berief der Stiftungsrat 15 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus verschiedenen Fachdisziplinen, die zu Themen der Friedens- und Konfliktforschung arbeiten.

Am 24. Februar 2005 trat der Wissenschaftliche Beirat der DSF zu seiner zweiten Sitzung in Osnabrück zusammen. Der Vorsitzende des Stiftungsrats, Prof. Dr. Volker Rittberger, informierte die Beiratsmitglieder über die Fördermaßnahmen und die Stiftungsaktivitäten in den zurückliegenden Monaten. Im Anschluss diskutierten die Beiratsmitglieder unter anderem den ersten Entwurf für das internationale Symposium „Strategies for Peace. Contributions of International Organisations, States, and Non-State Actors“, das in Verbindung mit der Festveranstaltung zum fünfjährigen Bestehen der DSF durchgeführt wird. Prof. Dr. Sven Chojnacki stellte im letzten Drittel der Sitzung die Ergebnisse seines von der DSF geförderten Forschungsprojektes unter dem Titel „Wandel der Kriegsformen. Empirische Erkenntnisse und theoretische Herausforderungen“ zur Diskussion.

Mit großer Trauer nahm die Stiftung zur Kenntnis, dass Ihr Beiratsmitglied Prof. Dr. Georg Elwert im März 2005 verstarb.

Dem Wissenschaftlichen Beirat gehörten im Berichtsjahr folgende Personen an:

Vorsitz:
Dr. Theo Sommer
Editor-at-Large DIE ZEIT

Stellvertretende Vorsitzende:
Prof. Dr. Kathryn Nixdorff
Technische Universität Darmstadt
Institut für Mikrobiologie und Genetik

Prof. Dr. Michael Diehl
Universität Tübingen
Zentrum für Konfliktmanagement
Psychologisches Institut

Prof. Dr. Georg Elwert † (bis 31. März 2005)
Freie Universität Berlin
Institut für Ethnologie

Prof. Dr. Susanne Feske
Universität Münster
Institut für Politikwissenschaft

Prof. Dr. Horst Fischer
Ruhr-Universität Bochum
Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV)

Prof. Dr. Wolfgang Frindte
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Psychologie

Dr. Corinna Hauswedell
Bonn International Center for Conversion (BICC)

Dr. Ulrike Kronfeld-Goharani
Schleswig-Holsteinisches Institut für Friedensforschung (SCHIFF)

Prof. Dr. Birgit Mahnkopf
Fachhochschule für Wirtschaft Berlin

Prof. Dr. Thilo Marauhn
Justus-Liebig-Universität Gießen
Academia Juris Internationalis

Prof. Dr. Angela Mickley
Fachhochschule Potsdam
Fachbereich Sozialwesen

Dr. Götz Neuneck
Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Dr. Ulrich Ratsch
Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft (FESt)

Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Senghaas
Universität Bremen
Institut für Internationale und Interkulturelle Studien (InIIS)

3. Die Geschäftsstelle der Stiftung in Osnabrück

Der Sitz der DSF ist Osnabrück. Im Steinwerk Ledenhof befindet sich die Geschäftsstelle der Stiftung, die seit August 2001 durch den Geschäftsführer, Dr. Thomas Held, geleitet wird. Auf seiner Sitzung vom 24. November 2005 beschloss der Stiftungsrat, den Arbeitsvertrag des Geschäftsführers um weitere fünf Jahre zu verlängern. Zum Team der Geschäftsstelle gehören ferner Sabine Podranski, die das Aufgabengebiet Sekretariat und Sachbearbeitung betreut, sowie Petra Menke, die für die Buchführung der Stiftung zuständig ist. Die Stiftung stockte die Stelle für Sekretariat und Sachbearbeitung zum 1. April 2005 auf eine Vollzeitstelle auf, wodurch dem deutlich gestiegenen Arbeitsaufwand in der Geschäftsstelle Rechnung getragen wurde. Für die Buchhaltung steht weiterhin eine 50-Prozent-Stelle zur Verfügung.

Die Geschäftsstelle bereitet die Sitzungen der Stiftungsorgane vor und führt deren Beschlüsse aus. Sie bereitet den Wirtschaftsplan, die Jahresrechnung und den Tätigkeitsbericht vor. Die Geschäftsstelle übernimmt zudem Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit und organisiert die Veranstaltungen der Stiftung. Schließlich betreut sie auch die stiftungseigenen Veröffentlichungen „Jahresberichte“, „Forum DSF“ und „Forschung DSF“.

4. Schirmherrschaft durch Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler

Der DSF ist es gelungen, Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler als Schirmherrn zu gewinnen. In einem Schreiben vom April 2005 ließ Prof. Dr. Köhler mitteilen, dass er gerne bereit sei, die Schirmherrschaft über die Deutsche Stiftung Friedensforschung zu übernehmen. Die Zielsetzung der DSF, die Bedingungen des Friedens durch die Unterstützung wissenschaftlicher Vorhaben zu erforschen, verdiene „jede sinnvolle Förderung“.

Der amtierende Bundespräsident folgt als Schirmherr seinem Amtsvorgänger Johannes Rau nach, der diese Aufgabe seit der Konstituierung der Stiftung im Jahr 2001 bis zum Ende seiner Amtszeit wahrgenommen hatte.

5. Änderung der Stiftungssatzung

Die Stiftung setzt sich zum Ziel, ihre finanziellen Handlungsspielräume durch das Einwerben von Zustiftungen zu erweitern. Dies kann einerseits durch Zustiftungen zum vorhandenen Stiftungsvermögen erreicht werden oder andererseits durch die Angliederung unselbstständiger Stiftungen in die Verwaltung der DSF. Um diese Möglichkeit auch in der Satzung zu verankern, stimmte der Stiftungsrat einer Ergänzung der Stiftungssatzung in § 3 (5) zu. Hierdurch wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass künftig rechtsfähige und nicht rechtsfähige Stiftungen in der Treuhandschaft der DSF geführt werden können. Voraussetzung ist eine weitgehende Übereinstimmung der Stiftungszwecke. Die Vorzüge einer unselbstständigen Stiftung bestehen darin, dass der Stifter oder die Stifterin der Stiftung einen eigenen Namen geben und den Stiftungszweck festlegen kann. Vor allem kleinere und mittlere Stiftungen, deren Ertragssituation keine eigene hauptamtliche Struktur erlaubt, können auf diese Weise kostengünstig verwaltet werden.

V. Finanz- und Wirtschaftsbericht

Die DSF verfügt über ein Grundkapital in Höhe von 25,56 Millionen Euro, das aus Mitteln des Bundeshaushaltes eingezahlt wurde. Die Stiftung erzielt aus dem Stiftungsvermögen ausschüttungsfähige Erträge, die zur Deckung der Verwaltungskosten und zur Projektförderung eingesetzt werden. Darüber hinaus besteht die satzungsgemäße Regelung, dass ein Teil des Stiftungsvermögens für Förderungszwecke aufgezehrt werden kann.

Von dieser Möglichkeit machte der Stiftungsrat der DSF Gebrauch, als er im April 2001 das Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung beschloss, das ausschließlich über Kapitalentnahmen aus dem Stiftungsvermögen finanziert wird. Insgesamt werden für diesen Zweck fünf Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Die Stiftung ließ sich jedoch stets von der Zielvorgabe leiten, eine substanzielle Verminderung des Stiftungsvermögens zu vermeiden. Es ist ihr in den vergangenen Jahren gelungen, den Kapitalverzehr durch Aufstockungen aus dem Bundeshaushalt teilweise auszugleichen. So erhielt die Stiftung im Jahr 2004 eine Kapitalerhöhung von zwei Millionen Euro (davon je 1 Mio. aus dem Einzelplan 30, BMBF, und dem Einzelplan 14, BMVg), im Jahr 2005 folgte eine weitere Million (aus dem Einzelplan 30, BMBF). Die Stiftung wird ihre Bemühungen fortsetzen, durch weitere Aufstockungen seitens des Bundes den drohenden Substanzverlust des Stiftungsvermögens zu vermeiden. Für ihre Unterstützung dankt die Stiftung den Mitgliedern des Deutschen Bundestages sowie der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn.

Die finanzielle und wirtschaftliche Situation stellt sich zum Jahresende 2005 wie folgt dar:

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2005 beträgt 27,6 Millionen Euro. Sie hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Auf der Aktivseite umfasst das Anlagevermögen 25,36 Millionen Euro. Es besteht vor allem aus Wertpapieren (25,3 Mio. Euro). Das Umlaufvermögen beträgt zum Stichtag 2,42 Millionen Euro. Die Stiftung hat Vermögensverwaltungsaufträge an zwei Geldinstitute vergeben, die die Anlage des Stiftungskapitals gemäß den Anlagerichtlinien der DSF in individuellen Portfolien betreuen. Die Anlageformen umfassen festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fondsanteile und strukturierte Produkte. Der hohe Bestand an liquiden Mitteln zum Stichtag beruht auf der Fälligkeit diverser Wertpapiere zum Jahresende, die Anfang 2006 reinvestiert werden.

Die Bewertung der Anlagen erfolgt zu Anschaffungswerten. Wertberichtigungen sind mit einer Ausnahme nicht erforderlich. Zum 31. Dezember 2005 weisen die Anlageportfolien unrealisierte Wertsteigerungen von etwa einer Million Euro aus.

Die Förderverbindlichkeiten der DSF setzen sich im Jahr 2005 folgendermaßen zusammen:

Auf Neubewilligungen im Bereich der Forschungsprojektförderung entfallen 633 Tsd. Euro. Im Bereich der Struktur- und Nachwuchsförderung nimmt die Stiftung keine neuen Projekte in die Förderung auf. Es wird lediglich ein Betrag in Höhe von 7.600 Euro für laufende Fördermaßnahmen nachbewilligt. Nach Abzug der zur Verfügung gestellten Mittel verbleiben Verbindlichkeiten für die Forschungsprojektförderung in Höhe von rund 637 Tsd. Euro und für die Struktur- und Nachwuchsförderung in Höhe von 3,01 Millionen Euro. Die Verbindlichkeiten haben sich somit deutlich reduziert. Dies ist einerseits auf die Verringerung der Zusagen im Bereich der Forschungsprojektförderung zurückzuführen, andererseits auf die laufenden Zuweisungen für das abgeschlossene Programm zur Struktur- und Nachwuchsförderung.

Die Ertragslage der Stiftung hat sich aufgrund der insgesamt freundlicheren Entwicklung an den Kapitalmärkten im Jahr 2005 positiv entwickelt. Die ordentlichen Erträge konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesteigert werden. Gleichzeitig geht jedoch der Ertrag aus dem Verkauf von Wertpapieren in etwa der gleichen Höhe zurück, so dass sich in der Summe keine wesentliche Veränderung ergibt. Die Stiftung kann ihre Ertragsziele für 2005, insbesondere im Hinblick auf die ausschüttungsfähigen Erträge, erreichen.

Im Vergleich zum Vorjahr bleibt der Ergebnisbeitrag der Verwaltung nahezu unverändert. Das Jahresergebnis vor Verwendung liegt um rund 40 Tsd. Euro unter dem Betrag für 2004. Insgesamt weist die Jahresrechnung für 2005 einen Überschuss von 291 Tsd. Euro auf, der teilweise dem Stiftungsvermögen zugewiesen und teilweise zur Verrechnung mit dem negativen Mittelvortrag verwendet wird.

Deutsche Stiftung Friedensforschung

Bilanz zum 31.12.2005

Aktiva	**27.607.576,96 €**
A. Anlagevermögen	**25.364.811,60 €**
I. Sachanlagen	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	67.508,54 €
II. Finanzanlagen	
Wertpapiere des Anlagevermögens	25.297.303,06 €
B. Umlaufvermögen	**2.242.765,36 €**
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Forderungen, insbes. aus Zinsansprüchen	346.536,78 €
Sonstige Vermögensgegenstände (Restlaufzeit kürzer als ein Jahr)	2.427,26 €
II. Liquide Mittel	1.893.801,32 €

Deutsche Stiftung Friedensforschung

Bilanz zum 31.12.2005

Passiva	**27.607.576,96 €**
A. Eigenkapital	**23.799.822,32 €**
I. Stiftungskapital	24.027.498,62 €
II. Ergebnisrücklagen	0,00 €
III. Verlustvortrag	-519.220,93 €
IV. Jahresüberschuss 2005	291.544,63 €
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	**61.030,09 €**
C. Rückstellungen	**8.399,28** €
D. Verbindlichkeiten	**3.738.325,27 €**
I. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00 €
II. Zusagen Projektförderung	637.401,72 €
III. Zusagen Nachwuchsförderung	3.007.424,00 €
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	93.499,55 €

Deutsche Stiftung Friedensforschung, Osnabrück
Ertragsrechnung für die Zeit vom 01.01.2005 bis 31.12.2005

A. I. Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**1.205.036,27 €**
1. Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	1.020.545,10 €
2. Zinsen aus Festgeldern u.ä.	20.805,83 €
3. Finanzergebnis (aus Verkauf Finanzanlagen)	159.990,74 €
4. Sonstige Erträge	3.694,60 €
A. II. Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**172.659,75 €**
1. Managementgebühren Banken	124.834,75 €
2. Abschreibungen auf Finanzanlagen	46.923,50 €
3. Steuern vom Einkommen und Ertrag, insbes. Kap.ertr. St.	901,50 €
A. III Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**1.032.376,52 €**
B. I. Erträge aus Verwaltung	**10.845,17 €**
1. Auflösung Sonderposten für den Umbau	7.038,86 €
2. Sonstige Erträge, insbes. aus der Vermietung Renaissance-Saal	3,806,31 €
B. II. Aufwendungen aus Verwaltung	**187.224,30 €**
1. Personalaufwendungen	118.224,70 €
2. Abschreibungen auf Sachanlagen	9.633,07 €
3. Sonstiger betrieblicher Aufwand (Sachaufwendungen)	59.366,53 €
B. III. Ergebnis aus Verwaltung	**-176.379,13 €**
C. Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszwecks	**855.997,39 €**
D. Ergebnisverwendung	
1. Projektförderung – Neubewilligungen	633.213,10 €
2. Projektförderung – Evaluierung und Forschungsberichte	4.167,78 €
3. Rückzahlungen Projektförderung	55.353,51 €
4. Nachwuchsförderung – Neubewilligungen	7.584,00 €
5. Nachwuchsförderung – begleitenden Maßnahmen	0,00 €
6. Rückzahlungen Nachwuchsförderung	26.425,36 €
7. Wissenschaftliche Eigeninitiativen	1.266,75 €
Summe	**564.452,76 €**
E. Jahresergebnis	**291.544, 63 €**

INTECON

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen gesetzlichen Vorschriften für Jahresabschlüsse von Stiftungen und den ergänzenden Regelungen in der Stiftungssatzung liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers und des Stiftungsrates der DSF. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen: Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der DSF sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze unter Berücksichtigung stiftungsbezogener Besonderheiten und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stiftung.

Osnabrück, den 31. März 2006

INTECON GMBH WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT SIEGEL WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT OSNABRÜCK

INTECON
GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Börner)
Wirtschaftsprüfer

(Illies)
Wirtschaftsprüfer

Für die vollständige Jahresrechnung ist der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft INTECON erteilt worden.

VI. Anhang

A. Zusammenfassende Darstellungen der im Jahr 2005 in die Förderung aufgenommenen Forschungsvorhaben

Die internationale Organisation des Demokratischen Friedens	
Projektleiter: **Dr. Matthias Dembinski und** **Prof. Dr. Andreas Hasenclever**	Hessische Stiftung Friedens– und Konfliktforschung (HSFK) und Universität Tübingen
Laufzeit: 24 Monate Februar 2005 bis Januar 2007	

Das genannte Projekt wird in Kooperation zwischen der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und dem Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität in Tübingen unter der Leitung von Dr. Matthias Dembinski und Prof. Dr. Andreas Hasenclever durchgeführt. Frau Katja Freistein und Frau Britta Weiffen konnten als Projektmitarbeiterinnen gewonnen werden. Die Arbeit wurde am 1. Februar 2005 aufgenommen und ist auf zwei Jahre terminiert.

Das Projekt will einen Beitrag leisten zum besseren kausalen Verständnis der Theorie des Demokratischen Friedens. In der fachwissenschaftlichen Literatur stehen liberale Ansätze zum Demokratischen Frieden und Arbeiten zu internationalen Institutionen unverbunden nebeneinander. Eine genauere Betrachtung dieser beiden Forschungszusammenhänge zeigt allerdings, dass sie komplementäre Schwächen und Stärken aufweisen, die eine Synthese theoretisch aussichtsreich und praktisch folgenreich machen. Ausgangspunkt des beantragten Projekts zur internationalen Organisation des Demokratischen Friedens ist die theoretisch begründete Vermutung, dass die geringe Gewaltanfälligkeit demokratischer Beziehungen mit der besonderen Zuverlässigkeit interdemokratischer regionaler Institutionen in Verbindung steht. Das beantragte Projekt ist als kontrollierte Vergleichsstudie angelegt. In einem ersten Schritt werden zunächst institutionelle Unterschiede ausgewählter regionaler Organisationen nach Maßgabe der Verregelungsakteure – Demokratien und Nicht-Demokratien – erhoben. Dabei vermuten wir, dass sich interdemokratische von herkömmlichen Institutionen durch eine stärkere Vernetzung mit den Gesellschaften ihrer Mitglieder sowie eine breitere kommunikative Arena auszeichnen.

Die zivilisierenden Wirkungen der ausgewählten Organisationen werden in einem zweiten Schritt mit Blick auf riskante Dyaden in Westeuropa, Südostasien und Lateinamerika untersucht. Im Einzelnen soll der Einfluss relevanter regionaler Sicherheitsorganisationen auf die Konfliktanfälligkeit der Dyaden Deutschland-Frankreich, Griechenland-Türkei, Indonesien-Malaysia und Argentinien-Brasilien in Schocksituationen analysiert werden. Gemeinsam ist diesen Dyaden, dass sie sich in hochverregelten Settings bewegen. Sie unterscheiden sich jedoch in Bezug auf ihre Zusammensetzung: Auf der einen Seite stehen rein demokratische Staatenpaare und auf der anderen Seite solche, in denen mindestens ein Staat nicht-demokratisch verfasst ist.

Ethnopolitische Konflikte im nördlichen Schwarzmeergebiet: Gedächtnis, Gewalt und Geschichtspolitik im postsowjetischen Raum	
Projektleiter: **Prof. Dr. Stefan Troebst**	Universität Leipzig, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas
Laufzeit: 24 Monate Februar 2005 bis Januar 2007	

Mit dem angezeigten Titel verbindet sich ein Forschungsprojekt zum Verhältnis von Geschichtspolitik, Eskalationsdynamik und Nationsbildung im östlichen Europa. Koordiniert und ausgeführt von PD Dr. phil. Dittmar Schorkowitz am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig unter der Leitung von Professor Dr. Stefan Troebst beabsichtigt das Projekt, die Funktion der historischen Sinnstiftung im Kontext nationalistischer Gewaltentfaltung für einen Teilbereich des postsowjetischen Raumes aufzuhellen, womit auf die Brisanz reagiert wird, die von der nationalen Redefinition des Staates und seiner Prinzipien ausgeht.

Bekanntlich werden seit dem Systemwechsel in Osteuropa Vergangenheitsbilder, sprachliche Zuordnungen und Konfessionszugehörigkeiten von den nationalen Eliten der Transformationsländer zum Ausbau ihrer Herrschaft benutzt – ein Prozess, der die Ersetzung der kommunistischen Ideologie durch ethnonationale Identitäten und die Überformung des territorial-administrativen Umbaus durch die Renaissance der nationalen Idee beinhaltet. Konzepte zur Integration von Ländern, die in den postsowjetischen Transformationsprozess eintraten, erscheinen jedoch nicht nur aus diesem Grunde schwieriger umsetzbar als erwartet, sondern auch, weil es sich bei den nationalen Eliten nur selten um verantwortungsvolle Modernisierungsträger handelt. Mit der Souveränität haben die Nationen indes nicht nur ihre Geschichte zurückerobert. Die Vergangenheit wurde vielmehr als Steinbruch zum Ausbau nationaler Identitäten benutzt. Zu der Irritation über Abweichungen von präferierten Modernisierungen gesellt sich damit ein Befremden über den Umgang mit Geschichte, weil Teile der Vergangenheit auf der Suche nach dem nationalen Erbe durch eine konstruierte Historie ersetzt wurden.

Feststellbar ist eine Ethnisierung von politischen Prozessen, mit der sich eine soziale Mobilisierungsabsicht verbindet, der es um die (Re-)Aktivierung von ethnisch interpretierbaren Identitäten geht. Ob sich diese reaktivieren lassen, hängt wesentlich von der Integration der im Konflikt befindlichen Nationalitäten ab und den Intentionen ihrer Trägerschichten. Die gängige Bezeichnung ‚ethnischer Konflikt' greift also viel zu kurz: sie verstellt den Blick auf das eigentliche Anliegen der Konfliktakteure. Die Geschichtsregion um das Schwarze Meer ist seit 1989 ein solcher Brennpunkt ethnopolitischer Konflikte im postsowjetischen Raum. Wie in anderen Teilen Südosteuropas und Eurasiens setzen hier ‚ethnische Unternehmer' sowie ethnozentrische Zentralregierungen Gewalt als Mittel zur Polarisierung und Mobilisierung ihrer Zielgruppen ein. ‚Geschichte' wird dabei als Hauptargument für den Griff zur Gewalt und als zentrale Ingredienz bei der Stiftung ‚neuer' regionaler Identitäten sowie zur Stärkung ‚alter' nationalstaatlicher Bezüge verwendet.

Es geht um die Klärung des Problems, in welcher Weise Erinnerungskultur und Geschichtspolitik an interethnischer Gewalt der Gegenwart Anteil haben und ob sie zu den Faktoren jener komplexen Zusammenhänge zu zählen sind, die in der Untersuchungsregion zur Eskalation vorhandener Konfliktlagen über die Gewaltschwelle hinaus führten bzw. führen können. Der durch staatliche Geschichtspolitik vermittelte Prozess histori-

scher Sinngebung, der in der Regel den Nachweis ethnonational-territorialer Eigenständigkeit bis hin zur ‚gesetzmäßigen' Staatlichkeit anstrebt, verdient besondere Aufmerksamkeit, weil es die neuen Trägerschichten unter Verweis auf vermeintlich historisches Recht darauf angelegt haben, Argumente eines ideologischen Waffenarsenals für interethnische bzw. zwischenstaatliche Schuldzuweisungen zu zimmern und folglich Strategien für ein kollektives Gedächtnis zu entwerfen. Um zu ermitteln, wie Vergangenheit, Erinnerung und Mythos politisch instrumentalisiert werden und wie groß der Anteil der Eliten bei der Rekonstruktion derartiger Geschichtsbilder ist, sind Untersuchungen zu gewaltförmigen Konflikten samt gewaltfreier ‚Kontrollgruppe' (Moldova, Transnistrien und Krasnodarer Gebiet) vorgesehen.

Die Forschung soll deutlich machen, welchen Anteil das geschichtsschreibende ‚Unternehmertum' (Geschichtsindustrie) an der Verschärfung respektive Eindämmung ethnopolitischer Konflikte aktuell und potentiell hat. Dabei ist zu prüfen, inwiefern ‚ethnische', ‚religiöse' bzw. ‚historische' Konflikte vorliegen bzw. inwieweit man es mit Attributen zu tun hat, die eine politische, wirtschaftliche oder soziale Verursachung verdecken sollen. Aus dem Umgang der Trägerschichten mit Geschichte sind schließlich Rückschlüsse darüber zu ziehen, auf welche Weise sie transformationsbedingte Missstände zu kaschieren suchen. Darüber hinaus dient die Forschungsperspektive dazu, ideologische Kontinuitäten sichtbar zu machen. Denn beim Vergleich regionaler Nationsbildungsprozesse werden nicht nur Parallelen von Geschichtskonstruktionen sichtbar. Es werden zudem Belege für eine hergebrachte Beeinflussung der Geisteswissenschaften sowie für ein Anknüpfen an Konstanten der nationalpatriotischen Geschichtsschreibung erbracht.

Einordnung und Bewertung der Untersuchungsergebnisse orientieren sich dabei an dem zivilisationsgeschichtlichen Disput zu Huntington sowie an dem Modernisierungsdiskurs zum Transformationsraum. Hier ist zu hinterfragen, ob neben der Entgegensetzung von konfrontativen und kooperativen Determinanten einer Beziehungsgeschichte unterschiedlicher Kulturen möglicherweise eine dritte in Betracht kommt, ob hier ein Raum-Zeit-Kontinuum konflikthafter Erscheinungen entlang der Reibungsfläche von Kulturgrenzen identifizierbar ist. Ist Krieg am Nordkaukasus etwa Teil einer Lebensweise, die sich aus dem Verlauf eines *antemurale christinitatis* generiert? Muss man die Oszillation von Frieden und Gewalt an der Peripherie von Imperien (Russisches, Osmanisches) als Normverhalten einschätzen, besonders zu Zeiten geschwächter Zentren? Sind für solche Grenzraumverwerfungen konfessionelle Identitäten ausschlaggebend oder handfeste politische Faktoren?

Durch die Analyse der Prozesse nationaler Selbstvergewisserung, Geschichtskonstruktionen und Identitätsbildungen soll unser Verständnis der Gegenwartsrelevanz von Vergangenheitsbildern erweitert werden – auch um die Wirksamkeit von Erinnerungskultur besser abzuschätzen. Mit der Aufklärung dieser Verhältnismäßigkeiten kann ein konzeptioneller Beitrag zur Frage regionaler Stabilität geleistet werden.

Gleichsam dient das Aufzeigen sozialgeschichtlicher Strukturen der Einschätzung, inwiefern sich ethnonationale Spannungen zuspitzen und möglicherweise entschärfen lassen. Die Dynamik gegenwärtiger Entwicklungen wird besser einschätzbar, wenn konfliktgeschichtliche Untersuchungen die Prägung der Region verdeutlichen.

Das Projekt untersucht damit die Schnittstelle von Reproduktion, Deutung und Indienstnahme von Vergangenheit durch staatliche Eliten und führt dazu erstmals eine historisch-vergleichende Untersuchung von ethnopolitischen Konflikten im nördlichen Schwarzmeergebiet durch. Es fördert mithin die Integration vor allem von Forschungssträngen, die sich zum einen aus dem Diskurs zur Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, zum anderen aus Untersuchungen zur Konfliktgenese im ethnonationalen Kontext und zur Konfliktprävention

entwickelt haben. In dieser Form ist das Thema noch nicht behandelt worden, wofür verschiedene Gründe sprechen, u.a. eine in Westeuropa erneut randständige Wahrnehmung des Zusammenspiels von Historiographie und Ideologie im europäischen Osten sowie ein Mangel an Interdisziplinarität in Bezug auf die Sozialwissenschaften. Dabei haben soziologische wie anthropologische Forschungen gezeigt, dass Erinnerungskultur, einschließlich der Geschichtswissenschaft, nicht ausschließlich aus historiographischer Perspektive betrachtet werden kann. Sie ist zudem wissenschaftssoziologisch und konflikttheoretisch zu bewerten, woraus sich erklärt, dass Teilaspekte auch seitens der Friedens- und Konfliktforschung untersucht werden, vor allem die Instrumentalisierung ethnischer Minderheiten und die Ausnutzung der Ressource ‚Öffentlichkeit' (Medien).

Der mit unserem Vorhaben geplante Beitrag ergänzt die Friedens- und Konfliktforschung um eine Perspektive, die nach den Entstehungsbedingungen und den konkreten Grundlagen ethnonationaler Konflikte in regionalen Spannungsgebieten fragt. Es handelt sich um ein Projekt, das sich mit spezifischen Problemen der europäischen Friedensordnung im osteuropäischen Transformationsraum befasst und einen theoretischen Beitrag zur Konfliktprävention leisten kann. Der politikberatende Aspekt besteht darin, Erkenntnisse über Möglichkeiten ziviler Intervention bereitzustellen und den agierenden Institutionen dadurch ein verbessertes Instrumentarium zur Konfliktregulierung an die Hand zu geben. Das Projekt ist durch seine Vernetzung mit der Leipziger Forschungslandschaft insbesondere dazu angetan, einer Unterrepräsentation der Friedensforschung im Bundesland Sachsen entgegenzuwirken.

Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung	
Projektleiter: **Peter J. Croll und** **PD Dr. Andreas Heinemann-Grüder**	Bonn International Center for Conversion (BICC)
Laufzeit: 24 Monate März 2005 bis Feb 2007	

Problemstellung und methodische Grundlegung

Föderalismus gehört zu den Standardrezepten für die konstruktive Konfliktbearbeitung in tief gespaltenen, multiethnischen Staaten und wird häufig als Alternative zu gewaltsamer Sezession oder als Ausweg aus Bürgerkriegen gepriesen. Über die tatsächliche Wirkungsweise ethno-föderaler Arrangements ist allerdings wenig bekannt. Sind ethnische Föderationen eine angemessene Regierungsform für multiethnische Gesellschaften, weil sie, verglichen mit alternativen Regimes, mehr Potential zur Regelung ethnisch-territorialer Konflikte und mehr Legitimation aufweisen oder wird ethnisch-exklusives Verhalten durch föderale „Gelegenheitsstrukturen" eher verstärkt? Das Ziel der Untersuchung besteht in einem empirisch fundierten, systematischen Vergleich von institutionellen Stabilitätsmerkmalen, Kapazitäten zur Konfliktregelung und institutionellen Anreizen, die Konflikte in multiethnischen Föderationen verstärken oder mindern können. Primäre Methoden bestehen in einem systematischen Institutionenvergleich auf der Basis von Primär- und Sekundärliteratur sowie jeweils 20 Leitfadeninterviews mit Schlüsselakteuren in den Untersuchungsländern (Russland, Indien, Nigeria, Spanien), ergänzt um die Erstellung von Expertisen durch Vergabe kleinerer Werkverträge an Kooperationspartner in den Untersuchungsländern.

Erwartete Forschungsergebnisse

Mit vier Fallstudien zu Indien, Nigeria, Russland und Spanien sollen institutionelle Grundmerkmale ethnischer Föderationen erfasst, Typen identifiziert, Hypothesen überprüft, konstitutive Faktoren isoliert und Schlussfolgerungen für die Institutionenbildung im Sinne des konstruktiven Konfliktmanagements gezogen werden. Das Ergebnis der Studie soll in der Verallgemeinerung von stabilisierenden, konfliktregulierenden bzw. konflikteskalierenden Faktoren in ethnischen Föderationen bestehen. Die politisch-praktische Bedeutung des Projektes liegt im Beitrag zu Politikempfehlungen für konstruktive Konfliktintervention und Debatten um Verfassungsgrundsätze in ethnisch heterogenen Gesellschaften. Einsichten, die sich aus dem Vergleich ergeben, dürften gerade für Staaten, die Auswege aus Bürgerkriegen suchen und die die Staatsbildung mit Föderalisierung verbinden, bedeutsam sein. Die friedenspolitische Relevanz besteht in einem Beitrag zur strukturellen Prävention ethnischer Konflikteskalation. Bei aller gebotenen Vorsicht in Bezug auf die Übertragbarkeit und Umsetzbarkeit der Ergebnisse könnte ein Ertrag in der Politikberatung für das AA, BMZ, entwicklungspolitische Organisationen (GTZ, INWENT, DIE) und internationale Akteure bestehen, die sich in multiethnischen Staaten politisch und militärisch mit Staatsbildung befassen (z.B. in Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Afghanistan, Indonesien). Das Projekt soll in eine Buchpublikation münden, der Aufsätze in Fachzeitschriften und Konferenzvorträge vorausgehen.

Originalität des Vorhabens

Ausgehend von Hypothesen, die aus dem Scheitern der osteuropäischen Föderationen und Krisen anderer ethno-föderaler Regimes gewonnen wurden, wird die Wirkungsweise föderaler Arrangements mit ethnischen Konflikten verknüpft, wobei insbesondere Konflikte um Institutionen als Indikator dienen. Die Hypothesen, die Methode und die Fallauswahl sind innovativ. Zwar gibt es eine Reihe typologisierender Studien (Elazar, Duchacek, Watts, Agranoff), die Frage nach den institutionellen Voraussetzungen von Stabilität und Konfliktregelung in multiethnischen Föderationen ist jedoch ein Desiderat geblieben. Konträre normative Bewertungen lassen bisher offen, welche empirisch belegbaren Zusammenhänge die Entscheidung für oder gegen ethnischen Föderalismus begründen und an welchen Kriterien Wirkungen gemessen werden sollen. Die Untersuchung ist vergleichend und ein Beitrag zur Grundlagenforschung.

Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone	
Projektleiter: **Dr. Andreas Mehler**	Institut für Afrikakunde, Hamburg
Laufzeit: 24 Monate August 2005 bis Juli 2007	

In unmittelbaren Postkonfliktphasen entstehen im Sicherheitsbereich Spielräume, die oft unerkannt bleiben: Institutionen, Rechtsauffassungen und Handlungsmuster werden hinterfragt und neu verhandelt. Welche staatlichen und „vorstaatlichen“ Einrichtungen tatsächlich entstehen, wird kaum untersucht. Empirische politikwissenschaftliche Forschung zu Herrschaftskonstellationen nach Beendigung von Konflikten in Afrika ist nach wie vor äußerst rar. Auch auf der praktischen Seite gibt es Defizite: Bislang scheint bei nördlichen

Gebern das Verlangen nach einem staatlichen Gewaltmonopol als auch nicht ansatzweise hinterfragte Voraussetzung zu stehen, wenn sie Anleitungen für eine „Post-Conflict Reconstruction“ entwerfen. Vorausgehen sollte aber eine Erörterung, ob der Staat, wie er vor dem Ausbruch des gewaltsamen Konfliktes bestand, überhaupt wieder aufgebaut werden sollte und „rekonstruiert“ werden kann, zumal die mitunter gewaltfördernde Rolle des postkolonialen Staates mittlerweile kaum noch angezweifelt wird.

Im vorliegenden Projekt soll danach gefragt werden, welche Akteure (zwischen traditionellen Autoritäten, Restbeständen staatlicher Sicherheitsorgane, privaten Unternehmern und internationalen Peacekeepern etc.) in einer Situation „fragmentierter Autorität“ Sicherheit anbieten (bzw. Gewalt und Kriminalität sanktionieren) und unter welchen Bedingungen dies durch einzelne Bevölkerungsgruppen als legitim betrachtet wird. Es ist leicht möglich, dass einige der Akteure für bestimmte Bevölkerungsteile eher eine Schutzfunktion haben und für andere eher eine Bedrohung darstellen. Empirische Fallstudien werden zu Liberia und Sierra Leone erstellt. Das Projekt geht davon aus, dass in unmittelbaren Postkonfliktsituationen Gewaltoligopole aus einer begrenzten Zahl von Gewaltakteuren und Sicherheitserzeugern, die untereinander konkurrieren, aber auch Absprachen treffen, existieren.

Gefragt wird,

- ob Gewaltoligopole die Anfälligkeit für einen Rückgriff auf Gewalt zur Lösung von Konflikten in „Postkonfliktgesellschaften“ reduzieren vermögen;
- ob solche Gewaltoligopole daher bei zentralen Akteuren und der Bevölkerung als legitim angesehen werden;
- ob ein legitimes/akzeptiertes Gewaltoligopol in ein legitimes Gewaltmonopol überführt werden kann; und
- ob am Ideal des staatlichen Gewaltmonopols auch bei fehlender Legitimität und erwiesener Ineffizienz zentralstaatlicher Akteure in der Bereitstellung physischer Sicherheit in jedem Fall festzuhalten ist.

Konkret untersucht werden soll die Art und Weise des herrschaftlichen Umgangs mit Gewalt in Gesellschaften unmittelbar nach gewaltsamen Konflikten (unter Einschluss der Überprüfung der lokalen Legitimität von Gewaltakteuren). Zum zweiten geht es um eine empirische Erfassung mit anschließender Typologisierung der Gewaltakteure sowie deren Interaktionen in den Fallregionen. Als Ergebnis wird das Zusammenspiel von Gewaltakteuren/Schutzgebern zwischen sich ergänzender Aufgabenerfüllung, aktiven Absprachen und Widerspruch/Konkurrenz modellhaft darzustellen sein. Die Wirkungsweise unterschiedlicher Formen von Gewaltoligopolen ist auch darauf hin zu untersuchen, wie sehr sie mit „struktureller Instabilität“ (d.h. der gesellschaftlichen Unfähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten) einhergehen.

Die beiden exemplarischen Fallstudien (Sierra Leone, Liberia) zu Gewaltoligopolen in Postkonfliktsituationen ergänzen die allgemeinen, auf Literaturstudium und Vorarbeiten gestützten theoretischen Erkenntnisse. Die beiden Fälle werden verschiedenen Vergleichsmustern unterzogen: so wird einmal zwischen den beiden Staaten in der Gegenwart, dann zwischen Sierra Leone vor wenigen Jahren und Liberia heute (unmittelbare Postkonfliktphase) sowie innerhalb der beiden Staaten auf der zeitlichen Achse zwischen vergangenem und heutigen Zustand verglichen. Die Ergebnisse der Vergleiche werden mit Resultaten einer nach einem einheitlichen Analysemodell erarbeiteten Studie zur Sicherheitsorganisation in elf weiteren Postkonfliktgesellschaften abgeglichen. Als unmittelbar praxisrelevantes Ergebnis wird schließlich ein Kriterienraster erstellt, mit dessen Hilfe eine

Einschätzung der Chancen zielgerichteter Kooperation auch mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren vorgenommen werden kann.

B. Wissenschaftliche Veröffentlichungen aus DSF-geförderten Projekten

Die im Folgenden aufgelisteten Veröffentlichungen sind aus von der DSF geförderten Projekten hervorgegangen. Berücksichtigt sind alle Publikationen, die im Lauf des Jahres 2005 erschienen sind und von denen die Stiftung Kenntnis erhalten hat:

Friedensvölkerrecht und internationale Organisation des Friedens

Redefining Sovereignty. The Use of Force after the Cold War
Prof. Dr. Michael Bothe, HSFK

- Redefining Sovereignty – The use of force after the cold war. Hrsg. von Michael Bothe/Mary Ellen O'Connell/Natatino Ronzitti. Ardsley, New York: Transnational Publishers 2005.

Gewalt- und Krisenprävention

Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotential
Prof. Dr. Gerald Schneider, Universität Konstanz

- Margit Bussmann/Gerald Schneider/Nina Wiesehomeier: Foreign Economic Liberalization and Peace: The Case of Sub-Saharan Africa. In: European Journal of International Relations 11 (2005), 4, S. 551-579.

Intervention in Gewaltkonflikte

Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo
Dr. Ulrich Ratsch, FESt

- Sabine Klotz/Merle Vetterlein: Deeskalationsbemühungen internationaler Akteure im Kosovo und in Makedonien. In: Friedensgutachten 2005. Hrsg. von Ulrich Ratsch/Reinhard Mutz/Bruno Schoch/Corinna Hauswedell/ Christoph Weller. Münster: Lit 2005, S. 79-87.
- Dies.: Die aktuelle politische Situation in Bosnien-Herzegowina. In: Die Reise der Klingenden Brücke nach Bosnien-Herzegowina. Hrsg. von der Gesellschaft der Klingenden Brücke e.V. Bonn 2005, S. 46-52.

- Ute Johanna Hartwich: Der Einfluss der Präsenz internationaler Organisationen auf die lokale Wirtschaft in Nachkriegsgebieten. Eine Analyse am Beispiel Bosnien und Herzegowina. (=Texte und Materialien der FESt Reihe B, Nr. 32). Heidelberg 2005.

Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara
Dr. Michael Brzoska, BICC

- Tsuma William: Natural Resource Conflicts. "Black Gold" and the Changing Nature of Conflict in South Somalia. (BICC Background Paper). Bonn 2003.
- Wolf-Christian Paes: Internationale Initiativen zur Eindämmung von Ressourcenkonflikten. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 80 (2005), 1-2, S. 61-81.
- Ders.: The Challenges of Disarmament, Demobilization and Reintegration in Liberia. In: Journal of International Peacekeeping 12 (2005), 2, S. 253-261.
- Ders.: Conflict Diamonds to Clean Diamonds. The Development of the Kimberly Process Certification Scheme. In: Resource Politics in Subsaharan Africa. Hrsg. von Andreas Mehler/Matthias Basedau. (=Hamburg African Studies No. 14). Hamburg 2005, S. 305-323.
- Ders.: Statebuilding im Regenwald. Die Vereinten Nationen in Liberia. In: Friedensgutachten 2005. Hrsg. von Corinna Hauswedell u.a. Münster: Lit 2005, S. 97-105.
- Ders.: Friedensstifter und Kriegsgewinnler – Zur Rolle der Privatwirtschaft in bewaffneten Konflikten. In: Friedensgutachten 2004. Hrsg. von Corinna Hauswedell u.a. Münster: Lit 2004, S. 218-226.
- Ders.: Oil and National Security in Sub-Saharan Africa. In: Oil Policy in the Gulf of Guinea – Security & Conflict, Economic Growth, Social Development. Hrsg. von Rudolf Traub-Merz/Douglas Yates. Bonn 2004, S. 87-100.
- Michael Brzoska: Gezielte Sanktionen als Mittel der Konflikteinhegung in Afrika – Erfahrungen und Aussichten. In: Sicherheit und Frieden 23 (2005), 4, S. 209-215.
- Willem Jaspers: Öldiebstahl, Rebellenbewegung und Korruption. Die Konfliktdynamik im Niger Delta als Herausforderung für Deeskalation. In: Friedensgutachten 2005. Hrsg. von Corinna Hauswedell u.a. Münster: Lit 2005, S. 106-114.

Nachrichtenmedien als Mediatoren von Demokratisierung, Peace-Building und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften – Entwicklung eines friedensjournalistischen Modells
Prof. Dr. Wilhelm Kempf, Universität Konstanz

- Nachrichtenmedien als Mediatoren von Peace-Building, Demokratisierung und Versöhnung in Nachkriegsgesellschaften. Hrsg. von der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz. Berlin: irena regener 2005.
- Wilhelm Kempf: Two experiments focusing on de-escalation oriented coverage of post-war conflicts. In: Conflict & communication online 4 (2005), 2.
- Ders./Susanne Jäger: Konstruktive Nachkriegsberichterstattung – Ein Forschungsbericht. Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz Nr. 58. Berlin: irena regener 2005.

Between Past and Future. An Assessment of the Transition from Conflict to Peace in Post-Genocide Rwanda
Prof. Dr. Lothar Brock, HSFK

- Susanne Buckley-Zistel: "The Truth Heals?" Gacaca Jurisdiction and the Consolidation of Peace in Rwanda. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 80 (2005), 1-2, S. 113-130.
- Dies.: Living in the Shadows. In: Index on Censorship 34 (2005), 2, S. 46-50.

Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Analyse eines bedeutenden Beitrag zum internationalen Post-Conflict Peace Building.
Dr. Wolfgang Zellner, IFSH/Core

- Thorsten Stodiek: Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem südwestlichen Balkan. In: Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. (=Forum DSF 2). Osnabrück 2004, S. 51-56.
- Ders.: Der Aufbau multiethnischer demokratischer Polizeien auf dem südwestlichen Balkan. In: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005. Hrsg. von Martin H. W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen. Frankfurt a. M. 2005, S. 427-440.
- Ders.: Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln. Die Herausforderungen der Kosovo-Mission. In: Reader Sicherheitspolitik. Instrumente internationaler Sicherheit Nr. 08/05, 3. Überblick/Diskussion. Thema: Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln. Hrsg. von Streitkräfteamt/-Informations- und Medienzentrale der Bundeswehr, S. 9-16. http://www.reader-sipo.de/artikel/0508_AIV3.pdf.

- Ders./Wolfgang Zellner: Der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan. Eine Erfolgsbilanz mit Einschränkungen. In: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 80 (2005). 1-2, S. 83-111.

Der Anschlag von New York und der Krieg gegen Afghanistan in den Medien – Eine Analyse der geopolitischen Diskurse
Prof. Dr. Paul Reuber, Universität Münster

- Paul Reuber/Günter Wolkersdorfer: Geopolitische Weltbilder als diskursive Konstruktionen – Konzeptionelle Anmerkungen und Beispiele zur Verbindung von Macht, Politik und Raum. In: Heidelberger Jahrbuch 47 (2003), S. 367-387.
- Ders./Günter Wolkersdorfer: Auf der Suche nach der Weltordnung? Geopolitische Leitbilder und ihre Rolle in den Krisen und Konflikten des neuen Jahrtausends. In: Petermanns Geographische Mitteilungen 148 (2004), 2, S. 12-19.
- Ders./Anke Strüver/Günter Wolkersdorfer: Geopolitische Diskurse in den Printmedien nach dem 11. September und während des Afghanistan-Krieges. In: Diskurse der Gewalt und Gewalt der Diskurse. Hrsg. von Michael Schultze u. a. Frankfurt a. M. 2005, S. 195-209.

Die De-/Konstruktion von Krieg in der internationalen meinungsführenden Presse: Der „Fall“ Irak (2003)
Prof. Dr. Una Dirks, Universität Hildesheim

- Una Dirks unter Mitarbeit von Gabriele Kohlmeyer: Pressekommentare zur größten Friedensdemonstration vor dem Irakkrieg (2003) aus transkultureller Perspektive – Eine dokumentarische Gattungsanalyse. In: Mediendiskurse – Bestandsaufnahme und Perspektiven. Hrsg. von Claudia Fraas/Michael Klemm. Frankfurt a. M. 2005, S. 286-308.
- Dies.: Decamouflieren und Adaptieren von politischem Spin – Ein Pressetextvergleich deutscher und US-amerikanischer Aufmacher zum Irak-Konflikt. In: Pressetextsorten im Vergleich – Contrasting Text Types in the Press. Hrsg. von Andrew Chesterman/Hartmut Lenk. Hildesheim 2005, S. 35-57.

Aus der Publikationsförderung**:**

- Die Friedenswarte. Journal of International Peace and Organization 80 (2005), 1-2, Schwerpunktthema: Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften. Berlin 2005.

Friedenspädagogik

Aus der Publikationsförderung:

- Günther Gugel/Uli Jäger/Christoph Lang: CD-ROM Peace Counts. Die Erfolge der Friedensmacher. Tübingen 2005 (Beilage zu Petra Gerster mit Michael Gleich: Die Friedensmacher. München/Wien: Carl Hanser Verlag 2005).

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Präventive Rüstungskontrolle und Nanotechnologien
Prof. Dr. Dieter Suter, Universität Dortmund

- Jürgen Altmann: Limiting Military Uses of Nanotechnology. Draft paper for the conference "Nanotechnology in Science, Technology and Society". Marburg, 13.-15. Jan. 2005. Verfügbar unter: www.nano-marburg.net.

Weltraumbewaffnung und die Möglichkeiten präventiver Rüstungskontrolle
Dr. Götz Neuneck, IFSH

- Götz Neuneck/André Rothkirch: Space as a Medium of Warfare? Motivations, Technology and Consequences. In: Changing Threats to Global Security: Peace or Turmoil, XV. International Amaldi Conference. Hrsg. von Paul Fogelberg. Finnish Institute of International Affairs/Finnish Academies of Science and Letters. Helsinki 2004, S. 163-187.

Präventive Rüstungskontrolle: Analyse von Potenzialen für Rüstungskontrolle und Verifikation biologischer Waffen unter besonderer Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Biotechnologie
Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, TU Darmstadt

- Alexander Kelle: Science, technology and the CBW control regimes. In: United Nations Institute for Disarmament Research: Disarmament Forum 01/2005, S. 7-16.
- Malcolm Dando: The malign misuse of neuroscience. In: United Nations Institute for Disarmament Research: Disarmament Forum 01/2005, S. 17-24.
- Kathryn Nixdorff: Assault on the immune system. In: United Nations Institute for Disarmament Research: Disarmament Forum 01/2005, S. 25-35.

Rüstungskontroll-Expertengemeinde und Diskursgestaltung – Raketenabwehrforschung International
Dr. Bernd W. Kubbig, HSFK

- Bernd W. Kubbig: The Domestic Politics of Missile Defence. In: Contemporary Security Policy 26 (2005), 3, S. 385-409.
- Bernd W. Kubbig: Raketenabwehrsystem MEADS: Entscheidung getroffen, viele Fragen offen. (=HSFK-Reports Nr. 10). Frankfurt a. M. 2005.
- Bernd W. Kubbig: Als Entscheidungsgrundlage für das Raketenabwehrprojekt MEADS ungeeignet. Eine Analyse der Dokumente von BMVg und Berichterstattergruppe. (=HSFK-Reports Nr. 2), Frankfurt a. M. 2005.

Kernwaffenrelevante Materialien und präventive Rüstungskontrolle
Dr. Wolfgang Liebert, TU Darmstadt, Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS)

- Christoph Pister/Wolfgang Liebert: Parametric study on non-proliferation aspects of IMF. Proceedings of the 9th IMF Workshop 9.-12. September 2003. Kendal, Cumbria, United Kingdom, BNFL (IANUS-Arbeitsbericht 2/2003).
- Leopold Barleon u.a.: Wohin mit dem Plutonium? Optionen und Entscheidungskriterien. (=Texte und Materialien der FESt Reihe B) Heidelberg 2004, S. 1-18.
- Matthias Englert: The Proliferation Risks of Spallation Neutron Sources? In: INESAP Information Bulletin 25, April 2005, S. 58-62.

Neue nicht-tödliche Waffen. Physikalische Analysen für vorbeugende Begrenzungen
Prof. Dr. Dieter Suter, Universität Dortmund

- Jürgen Altmann: Acoustic Weapons Working in the Audio Range. In: Non-Lethal Options Enhancing Security and Stability. Hrsg. vom Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie (ICT). Ettlingen 2005, S. 38-1 bis 38-9.

Aus der Publikationsförderung**:**

- Iris Hunger: Biowaffenkontrolle in einer multipolaren Welt. Zur Funktion von Vertrauen in internationalen Beziehungen. Frankfurt a. M.: Campus Verlag 2005.

Historische Friedensforschung

Aus der Förderung wissenschaftlicher Tagungen:

- Birgit Aschmann (Hrsg.). Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart: Steiner 2005.

Förderung des innerwissenschaftlichen Diskurses und der interdisziplinären Zusammenarbeit

Aus der Publikationsförderung**:**

- Norbert Ammermann/Beate Ego/Helmut Merkel (Hrsg.): Frieden als Gabe und Aufgabe Beiträge zur theologischen Friedensforschung. Göttingen: Vandenhoek und Ruprecht 2005.

- Sabine Jaberg/Peter Schlotter (Hrsg.): Imperiale Weltordnung – Trends des 21. Jahrhunderts? (=AFK-Friedensschriften Band 32). Baden-Baden: Nomos 2005.

Aus der Förderung wissenschaftlicher Tagungen:

- Egbert Jahn/Sabine Fischer/Astrid Sahm (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens. Band 2: Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

C. Neue Projekte im Rahmen der Promotionsförderung

Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg	
Cordula Dittmer Förderzeitraum: April 2004 bis März 2006	Friedensmacht und Einsatzbereitschaft – Eine Analyse der aktuellen militärpolitischen Entwicklungen mit besonderer Berücksichtigung einer Genderperspektive
Friederike Fuhlrott Förderzeitraum: Juli 2005 bis Juni 2006	Wege zum Frieden? Mozambique 1992 — Angola 2002 — Sudan 2005. Peacebuilding nach Friedensverträgen im Vergleich. Von Kriegs- und Gewaltkulturen zu Friedenskulturen unter besonderer Berücksichtigung der (Wieder-) Eingliederung ehemaliger Kämpferinnen und Kämpfer.
André Bank Förderzeitraum: April 2004 bis März 2006	Staatlichkeit und Gewaltkontrolle im Vorderen Orient – Eine vergleichende Analyse innergesellschaftlicher Konflikte in Algerien, Bahrain, Jordanien und Syrien
Jan Bernhardt Förderzeitraum: April 2004 bis März 2006	Die Diskurse der Europäischen Union: Europäische Menschenrechts- und Sicherheitspolitik als Mechanismen politischer Identitätsbildung

Cordula Dittmer

Friedensmacht und Einsatzbereitschaft – Eine Analyse der aktuellen militärpolitischen Entwicklungen mit besonderer Berücksichtigung einer Genderperspektive

Seit Ende des Kalten Krieges haben sich die Aufgaben des Militärs, so scheint es, grundlegend verschoben: Der massive soziale Wandel auf globaler Ebene hat zu einer verstärkten Vernetzung aller gesellschaftlichen und politischen Akteure geführt; Kriege, Konflikte und Naturkatastrophen betreffen zunehmend die Weltgesellschaft als Ganze. Vor diesem gesamtgesellschaftlichen Hintergrund steht nicht mehr die Verteidigung der Landesgrenzen im Mittelpunkt, zunehmend übernimmt das Militär auch im Ausland Aufgaben, die zuvor zivilen Organisationen vorbehalten waren, wie den Aufbau von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen. Auch die Bundeswehr erweitert in multinationalen Verbänden ihr Aufgabenspektrum und fokussiert dabei insbesondere den Topos der „Friedensmacht Deutschland“ (Wahlkampagne der SPD zur Bundestagswahl 2002). So übernimmt sie – neben ihrer genuinen Funktion als Sicherheitsorgan des Staates – eine neue Rolle als Entwicklungshelfer (bspw. im Kosovo und Kundus) und Polizei (wie in Afghanistan). Diese Übernahme sozialer Verantwortung von Seiten der (militärischen) Sicherheitsorgane geht mit einer Erweiterung des Sicherheitsbegriffes einher, d.h. der Integration von wirt-

schaftlichen, sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Aspekten in die Außen- und Sicherheitspolitik.

Eine detailliertere Betrachtung der skizzierten Entwicklung zeigt jedoch zahlreiche weitere Fragen von gesellschaftspolitischer Relevanz auf: Kann und sollte das Militär die suggerierten Aufgaben als ziviler Akteur in der Konfliktbearbeitung leisten? Bedeutet die Aufwertung des zivilen Aspekts eine Aufwertung des Militärischen unter dem Deckmantel humanitärer Interventionen, wie es bspw. Hardt/Negri behaupten oder kommt es zu einer „Zivilisierung“ des Militärs wie Däniker argumentiert? Entwickelt sich das Militär damit zu einer Organisation, in der verschiedene Organisationslogiken und -ziele organisationsintern verknüpft sind? Ist das Konstrukt des „neuen Soldaten“ das des „kämpfenden Sozialarbeiters“? Wie stellt sich diese Entwicklung auf der Handlungsebene aus der Sicht der Akteure dar? Können die Soldaten und Soldatinnen diese Aufgaben bewältigen und welche Legitimationsstrategien ziehen sie selbst für ihre Arbeit heran? Wie sehen sie ihre Aufgaben in der Konfliktregelung und welche Erfahrungen und Probleme werden relevant?

Die Bundeswehr hat jedoch nicht nur mit der Bewältigung neuer sicherheitspolitischer Aufgaben und Umstrukturierungen zu kämpfen, auch die Öffnung des bewaffneten Dienstes für Frauen und die wachsende internationale Aufmerksamkeit für Frauen als Opfer von Kriegen stellt sie vor neue Herausforderungen. So lassen sich die o.g. Fragen um eine Genderperspektive erweitern: Welche Rolle spielen Frauen in der Diskussion um Peacekeeping-Einsätze generell, speziell aber für die Bundeswehr? Welche Frauen- und Männerbilder kursieren in diesen Kontexten und welche Rückschlüsse lassen sich daraus auf die zukünftigen Aufgaben des Militärs ziehen? Wie wird die oft geforderte Integration einer Genderperspektive in der Bundeswehr im Einsatz umgesetzt und welche Folgen zeitigt dies in der Arbeit mit zivilen Hilfsorganisationen in Krisenregionen?

Friederike Fuhlrott

Wege zum Frieden? Mozambique 1992 – Angola 2002 – Sudan 2005. Peacebuilding nach Friedensverträgen im Vergleich. Von Kriegs- und Gewaltkulturen zu Friedenskulturen unter besonderer Berücksichtigung der (Wieder-) Eingliederung ehemaliger Kämpferinnen und Kämpfer

Nach 16, 27 und 21 Jahren Bürgerkrieg mit allein im Sudan und in Angola mehr als 2 Mio. Toten, zahlreichen Verwundeten, Verstümmelten und Traumatisierten sowie mehreren Millionen internal displaced persons wurde in diesen Ländern offiziell Frieden geschlossen, ohne dass die internationale Öffentlichkeit diesen Ereignissen größere Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Im Anschluss stehen diese Länder nicht nur vor einer zertrümmerten Infrastruktur und einer brachliegenden Wirtschaft, sondern auch vor der großen Aufgabe, Frieden wiederherzustellen. Die Einhaltung der Friedensabkommen ist jedoch nicht die einzige Voraussetzung für eine friedliche Zukunft. Nachdem mindestens eine Generation in Krieg und Gewalt aufgewachsen ist, muss Frieden nun gelernt werden. Seit der Unabhängigkeit in diesen Ländern haben die Einwohnerinnen und Einwohner kaum etwas anderes gezeigt bekommen, als Unstimmigkeiten mit Gewalt zu lösen, wobei die Bemühungen der Basisorganisationen um Frieden hier nicht verschwiegen werden dürfen.

Auch die Bundesregierung schaltet sich über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und seine Durchführungsorganisationen in Friedenskonsolidierungen weltweit ein. In ihrem Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konflikt-

lösung und Friedenskonsolidierung“ von 2004 werden diese Aufgaben als Querschnittsaufgaben der deutschen Friedenspolitik genannt.

Das vorliegende qualitative Vorhaben soll die Wege der jeweiligen Länder nach den Friedensabkommen hin zu einem noch nicht sicheren Frieden aufzeigen. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Reintegration ehemaliger Kämpferinnen und Kämpfer gelegt. Es gilt hierbei, einen großen Teil der Bevölkerung, der bisher nichts anderes als zu kämpfen gelernt und dadurch sein Überleben „gesichert“ hat, zu einem Teil der zivilen Bevölkerung zu machen. Gelingt dies nicht, stellt dieser Teil eine gravierende Unsicherheit für den Frieden dar. Insbesondere sollen aus den Fallbeispielen Mozambique und Angola Schlussfolgerungen gezogen werden, die möglicherweise relevant für ähnliche Vorhaben von deutscher Seite im Sudan sind. Damit soll mit der Forschungsarbeit ein direkter Nutzen für die Praxis verbunden sein.

André Bank

Staatlichkeit und Gewaltkontrolle im Vorderen Orient – Eine vergleichende Analyse innergesellschaftlicher Konflikte in Algerien, Bahrain, Jordanien und Syrien

In den letzten Jahren ist der souveräne Territorialstaat als zentrales Ordnungsmodell internationaler Politik zunehmend unter „Belagerungszustand“ geraten. Empirisch zeigt sich dies einmal an der Vielfalt von Fällen in Entwicklungsregionen, in denen das angenommene staatliche „Monopol legitimen physischen Zwanges“ – nach Max Weber konstituierendes Merkmal moderner Staatlichkeit – immer wieder in Frage gestellt wird. Und konzeptionell reagiert die aktuelle sozialwissenschaftliche und politikberatende Forschung auf diese perzipierte Unterminierung souveräner Staatlichkeit mit einem gesteigerten Interesse an Fragen von fragiler Staatlichkeit, Staatszerfall und Staatskollaps außerhalb der OECD. Zentraler Fokus ist hierbei das jeweilige Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie dessen Veränderungsprozesse, insbesondere im Hinblick auf die Frage der internen Gewaltkontrolle. Auf die Region des Vorderen Orients übertragen, lassen sich hieraus drei miteinander zusammenhängende Besonderheiten herausstellen: (1) Abgesehen vom Irak nach 2003 sowie dem Libanon während der Zeit des Bürgerkriegs (1975-1990) lässt sich für den Vorderen Orient seit der Dekolonisierung in den 1950er und 1960er Jahren eine auffällige Dauerhaftigkeit stabiler, wenn auch schwacher Staatlichkeit konstatieren. (2) Dieser generelle Stabilitätsbefund ist umso erklärungsbedürftiger, als es sich jeweils um post-koloniale Staaten handelt, die extern durch ein hohes Maß an politischer Durchlässigkeit und intern durch eine Vielzahl von sozio-ökonomischen und identitären Konfliktlinien gekennzeichnet ist. (3) Weiterhin ist zu bedenken, dass autoritäre Regime, die die dominante Form politischer Herrschaftsausübung im Vorderen Orient darstellen, im Vergleich zu Demokratien über weniger gewaltfreie Mittel des internen Konfliktaustrags verfügen. Von dieser Konstellation ausgehend wird in dieser Arbeit der Frage nachgegangen, wie sich in den Staaten des Vorderen Orients der innergesellschaftliche Konfliktaustrag ausgestaltet und welche Rückwirkungen sich hieraus auf die jeweilige Ausprägung von Staatlichkeit und Gewaltkontrolle ergeben. Die theoriegeleitete Untersuchung geht von aktuellen sozialwissenschaftlichen Konzeptionalisierungen zu politischen Gewaltkonflikten und state-society relations außerhalb der OECD sowie von regionalspezifischen Studien zur politischen Soziologie des Vorderen Orients aus. Ihr empirisches Hauptaugenmerk liegt auf der detaillierten Analyse verschiedener interner Gewaltkonflikte; diese zeichnen sich allesamt dadurch aus, dass sie entlang unterschiedlicher identitärer Konfliktlinien – ethnisch (Algerien, Syrien), konfessionell (Bahrain) und tribal-islamistisch (Jordanien) – verlaufen, zugleich aber auch auf spezifische sozio-ökonomische Ursachen zurückgehen und alle-

samt verschiedene Konfliktphasen aufweisen. Mittels einer intraregional vergleichenden Struktur- und Prozessanalyse können gemeinsame Muster des zeitweise gewaltsamen Konfliktaustrags zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteuren im Vorderen Orient herausgearbeitet werden. Damit leistet die Arbeit auch einen Beitrag, das Desiderat der politikwissenschaftlichen Konfliktforschung zu dieser Region ein stückweit zu schließen.

Jan Bernhardt

Die Diskurse der Europäischen Union: Europäische Menschenrechts- und Sicherheitspolitik als Mechanismen politischer Identitätsbildung

Aus diskurstheoretischer Perspektive beschäftigt sich die vorliegende Arbeit mit Prozessen der europäischen Identitätsbildung und der Frage, ob diese in den letzten Jahren Veränderungen unterworfen waren. Das Phänomen einer spezifisch politischen EU-Identität und ihrer Entstehung, bzw. Transformation, soll dabei anhand ausgewählter politischer Diskurse untersucht werden.
Ausgangspunkt meiner Dissertation ist eine Forschungsrichtung in den Internationalen Beziehungen, die realistische und idealistische Ansätze um konstruktivistische Elemente erweitert sehen will. Damit lassen sich Prozesse der Gemeinschaftsbildung von politischen Systemen wie etwa dem der ‚Europäischen Union' für eine Analyse öffnen. Die empirische Vorgehensweise soll dementsprechend europäische Politik im Hinblick auf das eigene Selbstverständnis und seine Entstehung befragen. Welche Rolle spielen etwa die politischen Themen ‚Menschenrechte' und ‚Sicherheit' bei der Unterscheidung europäischer Politik von anderen politischen Systemen? Haben diese Konzepte auch identitätsbildende Funktionen, und wenn ja, in welcher Art und Weise? Anhand dieser Fragen werde ich Formen der europäischen Gemeinschaftsbildung untersuchen. Ich plane, den empirischen Teil meiner Arbeit durch die Auswertung von Interviews mit Politikern von europäischen Institutionen sowie ggf. von EU-Dokumenten und Artikeln in Tageszeitungen durchzuführen. Bei der Beurteilung der Daten soll es auch darum gehen herauszufinden, ob es im Verlauf des Integrationsprozesses zu Veränderungen in der Form der europäischen Identitätsbildung gekommen ist.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)	
Susanne Fischer Förderzeitraum: November 2005 bis Oktober 2007	Die Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen

Susanne Fischer

Die Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen
Fallstudie: Transnationale und lokale Unternehmen in Israel und den palästinensischen Gebieten

Business power matters – dies scheint die jüngste Entdeckung verschiedenster Akteure der internationalen Beziehungen zu sein. So wurde 2001 im Rahmen des Global Compact der Vereinten Nationen der Policy Dialogue „Business in Zones of Conflict" aus der Taufe gehoben, im April 2004 wurde auf Initiative der damaligen Bundesregierung im Sicher-

heitsrat der Vereinten Nationen „The Role of Business in Conflict Prevention, Peacekeeping and Post-Conflict Peace Building“ diskutiert und im Mai 2004 stellte die ehemalige Bundesregierung den „Aktionsplan zivile Krisenprävention“ vor, der privatwirtschaftlichen Akteuren ebenfalls eine bedeutende Rolle für den Verlauf und die Beendigung von Konflikten beimisst.

Die scientific community hat sich der Rolle privatwirtschaftlicher Akteure in den internationalen Beziehungen bereits in zweifacher Hinsicht angenommen. So konstatiert die Global Governance-Forschung (A) eine gestiegene Gestaltungsmacht nicht-staatlicher Akteure und einen Bedeutungsverlust des Staates als Ordnung setzende und Regeln durchsetzende Institution. Aus der Annahme, dass Staaten nicht mehr fähig sind, die Bereitstellung öffentlicher Güter (alleine) zu gewährleisten, resultieren Überlegungen, ob und unter welchen Bedingungen privatwirtschaftliche Akteure derartige Funktionen substituieren können. In der Debatte über Steuerungsbeiträge durch Akteure jenseits des Staates, insbesondere durch Unternehmen, werden jedoch primär Steuerungsleistungen in Bereichen wie Umwelt, Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte oder Korruption erörtert. Im Gegensatz dazu nimmt die Forschung zu Kriegsökonomien (B) die Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen in den Blick, konzentriert sich indes weitgehend auf die negative Bedeutung dieser Akteure für die Genese und die Dauer von Konflikten. Hinzu kommt, dass transnationale Unternehmen – vorzugsweise Rohstoff fördernder Branchen – die Forschungsagenda dominieren. Dies führt dazu, dass die Paradigmen ‚resource curse’ und ‚failing/failed states’ bei der Analyse der Bedingungen für die Persistenz des jeweiligen Konflikts eine herausragende Stellung einnehmen.

Hieraus resultieren Forschungsdesiderata, die wie folgt durch das Promotionsvorhaben aufgegriffen werden:

In Rekurs auf Studien zu Global Governance fragt diese Arbeit erstens nach Unternehmensbeiträgen bei der Bereitstellung des öffentlichen Gutes Sicherheit und im Hinblick auf die Forschung zu Kriegsökonomien soll zweitens die positive Rolle von Unternehmen in Konfliktzonen eruiert werden. Zudem stehen nicht Rohstoff extrahierende Unternehmen im Zentrum, vielmehr fokussiert diese Arbeit auf die Tourismusbranche und die Lebensmittelmittelverarbeitung und strebt außerdem einen Vergleich zwischen dem Verhalten transnationaler und lokaler Unternehmen an.

Dem Forschungsvorhaben – dessen zentrale Analyseeinheit das Verhalten privater Unternehmen ist – liegt ein zweistufiges Forschungsdesign zu Grunde. Die Untersuchung, die auf der Akteursebene ansetzt, fragt in einem ersten Schritt danach, ob und welcher systematische Zusammenhang zwischen Unternehmensmerkmalen (unabhängige Variable) und den verschiedenen Unternehmensperformances (abhängige Variable) in der Konfliktzone besteht. In einem zweiten Schritt soll versucht werden, den Zusammenhang zwischen der jeweiligen Unternehmensperformance (unabhängige Variable) und der Reduktion des Gewaltniveaus in der betreffenden Konfliktzone (abhängige Variable) nachzuverfolgen und zu begründen.

Das empirisch-analytisch ausgerichtete Promotionsprojekt soll dazu beitragen, einen systematischen Erklärungsrahmen für das Verhalten von Unternehmen in Konfliktzonen und dessen Auswirkungen zu generieren. Um dies zu leisten, findet die genannte Studie zum Unternehmensverhalten im israelisch-palästinensischen Konflikt nicht – analog zu bereits existierenden Studien dieses Themenspektrums – als empirischer Einzelfall Verwendung, sondern wird in das komparative Forschungsdesign eines Projektes an der HSFK eingepasst.

Folgende Publikationen sind über die DSF zu beziehen:

Forum DSF:

- 5 Reden zur Eröffnung. Die Deutsche Stiftung Friedensforschung im Ledenhof, Osnabrück. Osnabrück 2001 (Heft 1).
- Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. Osnabrück 2004 (Heft 2).
- Fünf Jahre Deutsche Stiftung Friedensforschung/100 Jahre Friedensnobelpreis: Bertha von Suttner. Osnabrück 2006 (Heft 3).

Forschung DSF:

- Stephan Böckenförde: Die War Powers Resolution als ein mögliches Modell für ein Entsendegesetz/Parlamentsbeteiligungsgesetz. Osnabrück 2004 (Heft 1).
- Gerald Schneider/Margit Bussmann: Globalisierung und innenpolitische Stabilität: Der Einfluss außenwirtschaftlicher Öffnung auf das innenpolitische Konfliktpotenzial. Osnabrück 2005 (Heft 2).
- Jürgen Altmann: Nanotechnology and Preventive Arms Control. Osnabrück 2005 (Heft 3).
- Lars Klein/Andreas Steinsieck: Geschichte der Kriegsberichterstattung im 20. Jahrhundert: Strukturen und Erfahrungszusammenhänge aus der akteurszentrierten Perspektive. Osnabrück 2005 (Heft 4).
- Linda Helfrich/Sabine Kurtenbach: Kolumbien – Wege aus der Gewalt. Zur Frage der Transformation lang anhaltender Konflikte. Osnabrück 2006 (Heft 5).
- Götz Neuneck/André Rothkirch: Weltraumbewaffnung und Optionen für präventive Rüstungskontrolle. Osnabrück 2006 (Heft 6).
- Michael Brzoska/Wolf-Christian Paes: Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara. Osnabrück 2006 (Heft 7).
- Thorsten Stodiek/Wolfgang Zellner: The Creation of Multi-Ethnic Police Services in the Western Balkans. A Record of Mixed Success. Osnabrück 2006 (Heft 8).

Jahresberichte DSF:

- Jahresbericht 2001|2002
- Jahresbericht 2003
- Jahresbericht 2004

Arbeitspapiere DSF:

- Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen. 2. Interdisziplinärer Workshop von DSF und AFB am 3. und 4.12.2004 in Hannover. Osnabrück 2005 (Heft 1).